

SEIT
1946

07/2019

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

5,- Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserbersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, MZ 142040222 M, Nr. 07/2019

Hat Österreich eine

ZUKUNFT?

CLAUDIA UNGERSBÄCK (2016) QUADRATE

Wer ist Österreich?
Baustellen der Kunstpolitik
Ruth Sonderegger

Demokratie und Irrglaube: Fünf
Vorschläge für die ZUKUNFT
der Sozialdemokratie ...
Julian Kroyer und Benjamin Enzmann

Sozialdemokratie:
letzter Aufruf!
Oliver Scheiber

Die Internationale ist Geschichte.
Eine hantologische Spuren-
sicherung
Christian Zolles

EDITORIAL

Gemessen an den undemokratischen Verwerfungen der letzten Jahre möchte diese Ausgabe der ZUKUNFT einen offenen und transparenten Diskussionsprozess in Gang setzen, der die Möglichkeiten diskutiert, alle demokratischen und progressiven Kräfte in der Republik Österreich zu bündeln. Denn gerade gegenwärtig stellt sich die Frage, wie eine gemeinsame ZUKUNFT für alle ÖsterreicherInnen aussehen könnte. Dabei haben wir im Vorfeld und in der Auseinandersetzung mit unseren AutorInnen folgende Fragen in den Raum gestellt:

Finden wir in unserem Land wieder zu einem parteiübergreifenden und öffentlichen Konsens, der sich in der sozialen Marktwirtschaft zusammenfassen lässt? Können sich alle politischen Kräfte in Österreich auf den Erhalt des Sozial- und Wohlfahrtsstaats einigen? Wie können wir alle an der Konstitution einer wirklich demokratischen Öffentlichkeit arbeiten? Braucht die SPÖ ein Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus jenseits des neoliberalen Ausverkaufs ihrer historischen Bedeutung und ihrer Tradition(en)? Mit welcher Programmatik, Ideologie und welchem Fahrplan könnte die SPÖ zu ihrer alten Größe zurückfinden? Und: Will die SPÖ auf dem Weg in die Zukunft erneut alle progressiven Kräfte Österreichs einladen, ein „Stück des Weges“ mit ihr zu gehen? Hat also Österreich und die sozialdemokratische Partei Österreichs in allen Wortbedeutungen eine ZUKUNFT?

Ganz in diesem Sinne hat **Oliver Scheiber** bereits im Frühjahr mit einer Publikation Aufsehen erregt, die – im Sinne gänzlich legitimer Kritikpunkte – zur Rettung der Sozialdemokratie aufgerufen hat. Mit seinem hier präsentierten Beitrag *Sozialdemokratie: letzter Aufruf!* bündelt er konzise und pointiert am Beginn dieser Ausgabe der ZUKUNFT seine mehr als wichtigen und eingehend zu diskutierenden Thesen, die uns dabei helfen können, die Sozialdemokratie aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit herauszuführen. Denn dass sie es seit geraumer Zeit nicht im Geringsten geschafft hat, an die Größe ihrer eigenen Geschichte heranzukommen, ist nicht nur eine stehende Rede, sondern wirft die mehr als drängende und kri-

tische Frage auf, wie sie angesichts ihres drohenden Absturzes und ihrer sukzessiven Selbstzerstörung zurück in die ZUKUNFT schreiten könnte.

Parallel dazu stellen auch **Julian Kroyer und Benjamin Enzmann** mehrere *Vorschläge für die ZUKUNFT der Sozialdemokratie* in den Raum, die sich vor allem dem Verhältnis von (sozialer) Demokratie und (medialem) Irrglauben widmen. Die Autoren loten dabei die Möglichkeiten linker Demokratietheorie aus und präsentieren fünf Thesen, die der Sozialdemokratie im Rückgriff auf ihre glanzvolle Vergangenheit ebenfalls eine Zukunft sichern könnten. Denn gerade angesichts der Wirtschaftsdiktatur eines Donald Trump stellt sich aktuell die Frage, mit welchem Demokratiekonzept die Sozialdemokratie in ZUKUNFT ihren Weg gehen kann. Die Autoren beklagen den Kniefall der westlichen Sozialdemokratien vor neoliberalen Ökonomien seit den 90er Jahren (u. a. bei Clinton, Blair, Jospin und Schröder), kritisieren eine damit verbundene „liberale Illusion“ und fordern eine deutliche und kantige Positionierung der SPÖ im Sinne des demokratischen Sozialismus.

In diese politische Kerbe schlägt auch **Claudia Ungersbäck**, die mit ihrem Essay *Na. Servus* den gesellschaftskritischen Aspekt der Kunstproduktion unter die Lupe nimmt und hervorhebt, dass gerade KünstlerInnen auf den neoliberalen Märkten besonders von Privatisierungen und Deregulationen betroffen und in ihrer Freiheit brutal eingeschränkt sind. Im allgemeinen gesellschaftlichen Klima einer „Politik der Gefühle“ (Josef Haslinger) stellt sich daher die Frage, unter welchen Produktionsbedingungen Kunst aktuell hergestellt und wie sie von paternalen Abhängigkeiten und Dienstbarkeiten geschnitten und gehemmt wird. Die Künstlerin und Philosophin Ungersbäck geht mithin der prekären Lage von kritischer Kunst nach und hat uns (vom Cover weg) liebenswerterweise die Kunststrecke dieser Ausgabe der ZUKUNFT freimütig zur Verfügung gestellt. Dafür sei ihr auch an dieser Stelle gedankt, weil es beweist, dass Kunst jenseits der Märkte den inneren Reichtum der Menschheit ausmacht. *Creative Commons* eben ...

Dass auch bei politischen Mitbewerbern, trotz aller demokratisch notwendigen Differenzen, große Sympathie für die Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Sozialdemokratie existiert, beweist dann **Lukas Mandl**, der in seinem Beitrag aus sehr persönlicher Sicht die Leistungen von österreichischen SozialistInnen und GewerkschafterInnen (hier vor allem Rudolf Hundstorfer und Johann Böhm) hervorhebt. Gleichzeitig präsentiert er kritische Argumente, die sich z. B. auf die Europapolitik oder die Menschenrechte beziehen. Dabei steht auch die Frage der Staatstheorie im Raum, die zwischen der „Freiheit der Märkte“ und ihrer „Regulation“ zu diskutieren bleibt. Insgesamt steht so die SPÖ als funktionaler Faktor des politischen Systems Österreichs vor Augen. Im Sinne eines parteiübergreifenden politischen Arbeitens für die künftigen Generationen sollten alle demokratischen Kräfte, so Mandl abschließend, die Zukunft Österreichs gemeinsam anpacken.

Was ist aber eigentlich Österreich und darüber hinaus „österreichische“ Kunst? **Ruth Sonderegger** diskutiert in ihrem Beitrag – parallel zu Claudia Ungersbäck – auf mehreren Ebenen *Baustellen der Kunstpolitik*. Denn die sozioökonomischen Abhängigkeiten und die Exklusivität des (neoliberalen) Kunstmarkts sind oft diskutierte Tatbestände (in) der österreichischen Gesellschaft. Wie sieht es aber derzeit mit der so oft behaupteten „Kulturnation Österreich“ in Wirklichkeit aus? Die Autorin präsentiert im kritischen Blick auf die letzte Bundesregierung einige Thesen zur fragwürdigen Indienstnahme von KulturproduzentInnen, um u. a. daran zu erinnern, dass die Sozialdemokratie sich nicht nur an den goldenen Zeiten der Wiener Volkshochschulen orientieren kann, sondern auch gehalten wäre, durch eine progressive und kantige linke Bildungspolitik allen Bildungsinstitutionen unter Berücksichtigung der digitalen Medien der Gegenwart einen progressiven Relaunch zu verpassen.

Last but not least lässt **Christian Zolles** dann die Geschichte der verschiedenen Internationalen im Sinne einer Gespen-

tergeschichte und -lehre (*Hantologie*) in der Vorzukunft bewusst werden. Denn spätestens seit dem 19. Jahrhundert geistern verschiedene Auffassungen des Internationalismus zwischen Anarchismus, Marxismus oder auch Konservatismus in den Köpfen der Menschen und hinterlassen so in unserer Ideengeschichte Spuren des Gemeinsamen. Auch wenn das Internationale gegenwärtig von verschiedenen nationalistischen Seiten her delegitimiert wird, bleibt gerade angesichts des Elends der globalen Welt ein widerspenstiges Insistieren auf dem Kommunitären des Internationalismus Bestand der linken und progressiven Theoriegeschichte. Der Autor macht sich deshalb mit Jacques Derrida auf eine diffizile philologische Spurensuche und tritt so ein notwendiges Erbe an, mit dem auch SozialdemokratInnen sich im Sinne eines letzten Aufrufs ihrer Vergangenheit mit Rückgrat und zielorientiert auf den Weg in die ZUKUNFT machen könnten. Mit einem Wort: Ein Gespenst geht um in Europa ...

Damit schließen sich die argumentativen Kreise, da alle BeiträgerInnen aus verschiedenen Blickrichtungen die von uns in den Raum gestellten Fragen mit großer intellektueller Qualität und menschlicher Lauterkeit beantwortet haben. Die Frage danach, ob Österreich eine ZUKUNFT hat, wollen wir gerade aus sozialdemokratischer Perspektive auf den Punkt bringen:

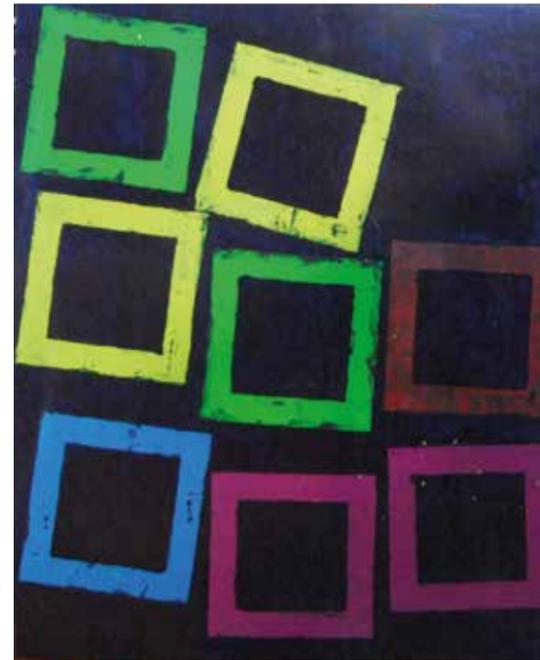
Back to the roots! Back to the future!

Ich wünsche den LeserInnen der ZUKUNFT anregende Stunden der kritischen Lektüre und des anschaulichen Kunstgenusses ...

ALESSANDRO BARBERI

ist Journalist, Bildungswissenschaftler, Medienpädagoge und Universitätslektor. Er lebt und arbeitet in Wien. Politisch ist er in der SPÖ Landstraße aktiv. Weitere Infos online unter: barberi.red.

Inhalt



Claudia Ungersbäck (2016) Quadrate
mixed media on perspex
© Claudia Ungersbäck

- 6 Sozialdemokratie: letzter Aufruf!**
VON OLIVER SCHEIBER
- 12 Demokratie und Irrglaube: Fünf Vorschläge für die ZUKUNFT der Sozialdemokratie ...**
VON JULIAN KROYER UND BENJAMIN ENZMANN
- 20 Na.Servus - Ein Essay**
VON CLAUDIA UNGERSBÄCK
- 24 Rudolf Hundstorfer: 1951–2019 | Einer von uns**
VON EMIL GOLDBERG
- 28 Hat die Sozialdemokratie eine ZUKUNFT?**
VON LUKAS MANDL
- 38 Wer ist Österreich? Baustellen der Kunstpolitik**
VON RUTH SONDEREGGER
- 42 Die Internationale ist Geschichte. Eine hantologische Spurensicherung**
VON CHRISTIAN ZOLLES

Sozialdemokratie: letzter Aufruf!

Dass die Sozialdemokratie es seit geraumer Zeit nicht geschafft hat, an die Größe ihrer eigenen Geschichte heranzukommen ist nicht nur eine stehende Rede, sondern wirft die mehr als drängende und kritische Frage auf, wie sie angesichts ihrer Absturzgefahr zurück in die ZUKUNFT schreiten könnte. **Oliver Scheiber** analysiert diese fatale Konstellation und fasst seine diesbezüglichen Thesen in diesem Beitrag zusammen.



Mit dem Misstrauensvotum gegen die Regierung Kurz hat sich Österreich eine Atempause verschafft, denn die Regierung Kurz entwickelte sich unverkennbar in Richtung der Machthaber in Ungarn und Polen. Zivilgesellschaft und SPÖ als größte Oppositionspartei waren in den ersten Monaten 2017 angesichts der Entwicklungen gelähmt. Umzäunte Lager für jugendliche AsylwerberInnen, die Entziehung der österreichischen Staatsbürgerschaft bei Menschen, die in Österreich geboren und aufgewachsen sind, das Infragestellen von Asylrecht und Menschenrechtskonvention, das Schild „Ausreisezentrum“, es sind die letzten Alarmzeichen vor einem unumkehrbaren Destabilisierungsprozess, den die FPÖ aktiv betrieb und die neue ÖVP unter Kurz mittrug. Das System der politischen Generalsekretäre, in allen Bundesministerien installiert, unterwarf die Beamtenschaft; die Razzia im BVT trat als Machtdemonstration dazu, die damit verbundene Einschüchterung des gesamten öffentlichen Dienstes verfehlte ihre Wirkung nicht. Wer soll den Mund aufmachen, wenn dann vielleicht morgen eine Polizeieinheit ins Büro stürmt und die Computerkabel aus der Wand reißt?

Diese Gefahr für die Demokratie und die Kraftlosigkeit der Sozialdemokratie haben mich im Frühjahr veranlasst, ein kurzes Buch zur Sozialdemokratie zu schreiben – die unerwartet starke Resonanz zeigt das brachliegende Potenzial der Sozialdemokratie.

1. EINLEITUNG

Quer über den Globus drängen Rechtspopulisten und Rechtsextreme an die Macht und arbeiten nach dem immer gleichen Muster am Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: Angriffe auf Medien, insbesondere auf öffentlich-rechtliche; Attacken auf die Justiz, Herbeireden von Gefahren, die ein Aufrüsten von Polizei und Heer rechtfertigen sollen. Wir finden diese Schablone in Brasilien genauso wie in Ungarn, Polen, Kroatien oder in der Trump-Administration – mit der Besonderheit, dass die Institutionen der USA besonders stark und resistent sind. In Europa ist es gleichsam 5 nach 12. Der Aufstieg der Rechtspopulisten gefährdet die europäische Nachkriegsordnung. Die Rechtspopulisten und Nationalisten greifen die europäische Idee an.

Für Österreich zeigt das Ibiza-Video ein Bild einer enthemmten politischen Korruptionsbereitschaft; niemand weiß, wie weit die ausgeplauderten Pläne bereits umgesetzt sind.

2. DIE URSACHEN

Was hat die Krise der Linken ausgelöst, die ja kein österrei-

chisches Phänomen allein ist? Der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme Osteuropas führte zur Diskreditierung des linken Gedankens. Der Neoliberalismus brach sich Bahn, er begann die Demokratie zu untergraben. Immer mehr SozialdemokratInnen unterwarfen sich den Wünschen der Konzerne und des Finanzkapitals. Sichtbar wurde dies nach dem Ende ihrer Politkarrieren, wenn sie zu Telekom-, Rüstungs- und Energiekonzernen wechselten. Als Linke/r muss man nicht arm sein, aber man muss gegen Armut sein, hat Gregor Gysi einmal treffend formuliert. Und doch: der Lebensstil vieler führender Funktionäre führt zur Entfremdung von der arbeitenden Bevölkerung. Glaubwürdigkeit kann nur dort entstehen, wo Partei und Funktionäre ständig präsent sind, nicht nur in Wahlkampfzeiten. Die Verbrüderung von Blair, Schröder und anderen mit Kapital- und Konzerninteressen hat die Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie europaweit vernichtet; die Glaubwürdigkeit lässt sich nur durch jahrelange ernsthafte, leidenschaftliche inhaltliche Arbeit zurückgewinnen. Das bedeutet auch, einer guten Vorsitzenden Zeit einzuräumen.

Die Krise der Sozialdemokratie ist doppelt dramatisch, weil die Gesellschaft die linken Parteien als Stabilisatoren und Garantien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten benötigt.

3. DAS POTENZIAL

Die Sicherung von Demokratie und Rechtsstaat ist auf ein Wiedererstarken der Sozialdemokratie angewiesen. Die SPÖ präsentiert sich heute als immer noch breite, aber auch schwerfällige Partei mit einer starken Basis in der Hauptstadt Wien. In der zweiten, dritten und vierten Reihe findet sich eine Vielzahl bemerkenswerter Persönlichkeiten; Beispiele finden sich in Wien auf Stadtratsebene ebenso wie in vielen Bezirken, in denen der Generationenwechsel stattgefunden hat; aber auch in anderen Städten und Gemeinden. Die SPÖ Innsbruck oder die SPÖ Traiskirchen sind zwei besonders sichtbare Beispiele; sie zeigen auch das Rezept: Kompetenz, Leidenschaft, Authentizität und harte Arbeit. Die Gesamtstruktur der Partei ist jedoch nicht zeitgemäß, die Führung gleichzeitig zu defensiv, ängstlich und durch starre Regelungen gefesselt. Die SPÖ schafft es nicht, ihre vielen Talente innerhalb der Partei richtig einzusetzen und ihnen Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen, und Grüne und SPÖ schaffen es gemeinsam nicht, die Vision eines optimistischen und kraftvollen Gegenmodells zu Türkis-Blau zu zeichnen. Für die Sozialdemokratie gilt es, Ballast an teuren BeraterInnen abzuschütteln und

klugen und innovativen Kräften auf allen Ebenen Freiräume zu öffnen. Die letzten Jahre über haben zu viele unpolitische Menschen die Politik der SPÖ bestimmt. Das ist schmerzhaft angesichts der Geschichte der Sozialdemokratie, eingedenk der vielen mutigen Menschen, die während Austrofaschismus und Nationalsozialismus nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für die Wiedergewinnung der Demokratie ihr Leben riskiert haben. In der Zivilgesellschaft, in Kunst und Wissenschaft warten viele darauf, gemeinsam mit der SPÖ einen Teil des Weges zu gehen; die SPÖ holt sie seit Jahren nicht ab. Die Sozialdemokratie könnte eine Allianz mit der Zivilgesellschaft bilden und zu der Menschenrechtsbewegung werden, denn die Rechtspopulisten greifen die Grundrechtsordnung und das internationale Recht frontal an. Die SPÖ muss darüber hinaus zu verschiedenen Politikbereichen Betroffene einbinden, Talente in die erste Reihe holen, ein Team von frischen Gesichtern um die Vorsitzende aufbauen, Pilotprojekte quer durch das Land starten. Und: öffentliche Streitigkeiten schaden jeder Partei, sie machen die beste Arbeit zunichte.

4. ZIELGRUPPE UND STRATEGIE

Die SPÖ, die Linke muss eine breite Wählerschaft ansprechen. In Botschaften und Inhalten orientiert sich etwa die Sozialdemokratie nach wie vor stark an ArbeiterInnen und Angestellten. Sie muss darüber hinaus Angebote für die vielen Menschen in prekären, selbstständigen Verhältnissen machen, sie muss sich an kleine Unternehmer wenden und sie muss massiv im ländlichen Raum werben. Die fehlenden oder teuren Kinderbetreuungsplätze, zu wenig Pflegeplätze, die schlechten Rahmenbedingungen für kleine landwirtschaftliche Betriebe, all das sind Themen für den ländlichen Raum. Die Sozialdemokratie muss außerhalb Wiens darüber informieren, dass Wien deshalb so starken Zuzug hat, weil die städtischen Leistungen so gut sind. Dem Wien-Bashing der Regierungsparteien muss man das Vorzeigemodell Wien in der Öffentlichkeitsarbeit gegenüberstellen – weit über Wien hinaus. Die Linke muss für Vielfalt, Buntheit, Freiheit werben, für Mehrfachstaatsbürgerschaften und rasche Staatsbürgerschaftsverleihung bei Integration. Das ist erklärbar. Wien sollte eine Wiener Stadtbürgerschaft einführen: für alle, die in Wien leben. Diese Stadtbürgerschaft sollte viele Mitbestimmungsrechte geben, und zwar alles an Rechten, was verfassungsrechtlich möglich ist. Das Hinterherhecheln hinter rechtspopulistischen Positionen ist fatal: Wo die Sozialdemokratie Rechtspopulisten rechts überholen will, verliert sie und stärkt deren Modell. Im Fremdenrechtsbereich ist genau das

der SPÖ zwanzig Jahre lang passiert. Es braucht vielmehr ein Programm der Solidarität und des Sozialstaats sowie eine klare Abgrenzung zu Hetze und Sozialchauvinismus.

So überzeugend die Grundsatzprogrammatik der Sozialdemokratie ist, so sehr sie sich in ihrer Anwendung in der Stadt Wien bewährt – Glaubwürdigkeit und Vertrauen in der Bevölkerung sind auf einem tiefen Stand. Das ist zum Teil der jahrzehntelangen Gehirnwäsche neoliberaler Parteien und Interessensgruppen geschuldet, zum anderen Teil eigener Überheblichkeit, politischer Ungeschicklichkeit und vor allem der Unfähigkeit, kritische Köpfe in der Partei zuzulassen und positiv zu nutzen. Zu viele Spitzenfunktionäre umgeben sich mit Jasagern, die weder inhaltliche Ideen einbringen noch politische Gefahren antizipieren und abwenden. Eine große Partei muss es schaffen, auf Bundesebene rund um die Vorsitzende ein Team von fünf bis zehn kompetenten Personen aufzubauen, die regelmäßig präsent sind. Davon ist die SPÖ weit entfernt. Man frage auf den Straßen Menschen nach fünf SPÖ-BundespolitikerInnen. Hätte man Julia Herr, Peter Hacker, Jürgen Czernohorszky und vergleichbare Persönlichkeiten vor Jahren ins Führungsteam geholt, wären die Probleme heute geringer.

Eine Rückkehr zur Mehrheitsfähigkeit kann nur gelingen, wenn die Sozialdemokratie mit dem dritten Weg von Blair/Schröder radikal bricht und sich zu einem Ausbau des Sozialstaats bekennt. Linke Parteien wie die SPÖ müssen die Verteilungsdiskussion führen, den Fokus auf die zentralen Bereiche Bildung, Umwelt, Gesundheit und Recht legen. Wo die Sozialdemokratie oder die Linke regiert, sei es auf Gemeinde-, Landes- oder Bundesebene, muss das sofort in Gesetzgebung und Verwaltung sichtbar sein. Die Sozialdemokratie verziert aktuell bloß die kapitalistischen Strukturen.

5. AUSGEWÄHLTE THEMENFELDER

Eine neue Sozialdemokratie muss sich inhaltlich klar links positionieren und ihren grundsätzlichen Zugang auf aktuelle Fragen anwenden. So gehört heute unter die Überschrift Solidarität auch der Umgang mit dem Klimawandel. Klimaschutzmaßnahmen müssen ins Zentrum sozialdemokratischer Politik rücken. Denn die sozialen Folgen des Klimawandels sind massiv. Der Klimawandel trifft sozial schwächere Schichten unverhältnismäßig stärker und früher als soziale Eliten, sowohl global gesehen als auch national. Diese wissenschaftlich belegte Tatsache findet bis dato kaum Eingang in linke Nar-

rative, obwohl erste Effekte bereits jetzt spürbar sind (kleine landwirtschaftliche Unternehmen können sich schlechter an geänderte klimatische Veränderungen anpassen als große Agrarunternehmen; ältere Personen leiden stärker unter Hitzeperioden und haben, im Falle einer Mindestpension, selten die Mittel, sich eine Klimaanlage o. ä. leisten zu können; Familien mit geringem Einkommen können den heißesten Wochen des Jahres nicht entfliehen, weil das Geld für Urlaub fehlt; Wetterextreme wie Hochwasser und Überschwemmungen, Hagel etc. treffen Personen ohne finanzielle Rücklagen naturgemäß am härtesten). In der Einkommens- und Verteilungspolitik hat das Burgenland den Weg vorgegeben: Nicht die Mindestsicherung ist zu hoch, die Mindestlöhne sind zu niedrig. Pflegeberufe, Bildungsberufe, medizinische Berufe, sie alle müssen deutlich über 2.000 Euro netto liegen. Eine solche Lohnanhebung führt zu einer enorm steigenden Kaufkraft und kurbelt die Wirtschaft an. Bundesweit müssen kostenfreie Kinderbetreuungsplätze das Ziel sein, auch eine kommunal oder staatlich finanzierte Urlaubsmöglichkeit für einkommensschwache Familien sollte eine Forderung sein. Kein Kind soll in Österreich aufwachsen, ohne Urlaub machen und reisen zu können. Vor allem muss die SPÖ die Stimme nicht nur der ArbeitnehmerInnen sein, sondern der vielen prekär Beschäftigten und Scheinselbstständigen.

Die SPÖ sollte quer durch das Land Pilotprojekte vorantreiben, die ihre gestalterische Kraft belegen, sie auf einer Intranet- oder Internetseite sammeln und präsentieren, um sie als Best-Practice-Beispiele zu multiplizieren. Im städtischen Bereich kann die Lebensqualität durch eine Neugestaltung des öffentlichen Raums erhöht werden. Die Stadt Wien etwa sollte die Bezirke auffordern, sich als Musterbezirk zu bewerben. Erste Musterbezirke sollten dann völlig umgemodelt werden – 80 Prozent des Bezirks sollten zur Begegnungszone werden, die Geschwindigkeit generell auf 30 reduziert werden, usw. Die Bevölkerung muss überzeugt und informiert werden, dass eine Senkung der Feinstaubbelastung Leben verlängert und rettet. Im Dialog mit der Bevölkerung müssen Maßnahmen dazu schnell umgesetzt werden. Lobautunnel und die dritte Piste für den Flughafen Wien sind in jeder Hinsicht absurde Projekte – die Gelder dafür könnten genutzt werden, um die Lebensqualität in der Stadt durch eine Vielzahl von Maßnahmen massiv zu erhöhen.

Entsprechend im ländlichen Raum: die öffentliche Hand muss die Anbindung ans öffentliche Verkehrsnetz verbessern, Gemeinden müssen Busverbindungen auch am späten Abend

garantieren, damit der städtische Raum mit seinem Kulturangebot erreichbar bleibt. Die Sozialdemokratie muss Ideen zur kostenlosen Kinderbetreuung auch am Land entwickeln, allein mit gemeinnützigen Projekten – Leihgroßelternsysteme – ließe sich hier viel bewegen. Das muss bereits aus der Opposition heraus passieren. Das alles geht – aber nur mit neuen Strukturen und neuen Leuten; die SP-Sektionen etwa sind heute baulich und personell aus der Zeit gefallen, unbeweglich, abgeschottet, oft ängstlich und überheblich zugleich.

Für ein Wiedererstarken der SPÖ ist die Rückgewinnung der Handlungshoheit der Politik über die Wirtschaft als Gegenmodell zum System Kurz nötig. Die Sozialdemokratie soll jene Teile der Wirtschaft stärken, die fair agieren und auch eine Gemeinwohlverpflichtung spüren – was auf einen großen Teil der kleinen und mittleren Unternehmen zutrifft. Die SPÖ kann Partner aller Unternehmen sein, die mit Rücksicht auf Umwelt und Arbeitsschutz gemeinsam mit ihren ArbeitnehmerInnen den Wohlstand garantieren.

Eine erneuerte SPÖ wird sich für einen starken Staat einsetzen, der Sozialleistungen, Bildungs- und Gesundheitssystem für alle garantiert, und für eine moderne, leicht zugängliche Gerichtsbarkeit. Alle öffentlichen Stellen sollten, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, einem weit gefassten Transparenzgebot unterliegen.

6. ÖFFNUNG

Der Schlüssel zu einer guten Zukunft der Sozialdemokratie liegt in internen Reformen und einer Neuausrichtung der politischen Arbeit. Parteizentralen und Parteilokale sollten zum öffentlichen Raum hin offen sein, zu oft sind Funktionäre und Parteilokale der SPÖ regelrecht verschanzte. In einer Bundesparteientrale sollte ein öffentliches Café sein, in der man Abgeordnete und Mitarbeiter der Partei trifft, in der Langzeitarbeitslose einen Jobwiedereinstieg finden. KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen sollten temporär Büros in Parteilokalen beziehen und Ideen und Energien einbringen. Das Schielen nach dem Boulevard sollte durch den Einsatz für eine Förderung unabhängiger Qualitätsmedien und einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk ersetzt werden. SympathisantInnen und interessierte VertreterInnen der Zivilgesellschaft sollten projektbezogen an die Partei geführt werden, interne Talente ermutigt werden. Bisher wird kritisches Denken zu oft bestraft, werden kluge Ideen im Keim erstickt und Veränderungen als Gefahr betrachtet. Der Irrweg

der großen Beraterstäbe und Spin-Doktoren sollte schnell beendet werden. Die Sozialdemokratie darf auch nicht auf ihre alten Tugenden der Internationalität vergessen. Gemeinsame europäische Initiativen der Sozialdemokratie gibt es vielleicht hinter verschlossenen Türen, sie werden aber nicht sichtbar.

7. VERZICHT AUF FALSCHER KOMPROMISSE

Die Sozialdemokratie hat sich bei der Bildung der letzten großen Koalitionen selbst verleugnet. Ein Schlüssellösung nach dem anderen – Finanzen, Wirtschaft, Äußeres, Inneres, Justiz – wurde dem Regierungspartner überlassen, zugleich war auch inhaltlich keine sozialdemokratische Handschrift erkennbar. Dies hat den Absturz der SPÖ beschleunigt. Hier ist für die Zukunft mehr an Geschick, Hartnäckigkeit und besserer Vorbereitung nötig, inhaltlich wie personell. Die Bundes- und Landeslisten für die kommende Nationalratswahl sind da kein ermunterndes Signal, und wenn man gegebenenfalls schlecht vorbereitet in Koalitionsverhandlungen geht – ohne Kernforderungen, ohne gutes Personal für Ministerkabinette – dann darf man keine Erfolge erwarten.

8. WAS KOMMT

Die Angriffe der türkis-blauen Regierung auf Rechtsstaat und Demokratie waren erheblich und gefährlich; die Causa BVT ist das stärkste Bild dafür. Die Gefahr des Aufbaus einer illiberalen Demokratie nach dem Muster Ungarns ist für Österreich nach dem Misstrauensvotum geringer geworden, aber bei Weitem nicht gebannt, wenn die früheren Koalitionspartner wieder zusammenfinden. Im laufenden Wahlkampf machen SPÖ, Grüne, Liste Jetzt und Neos gemeinsam den Fehler, nicht in großen Bahnen zu denken. Denn die latenten Bedrohungen für Demokratie und Rechtsstaat schaffen eine politische Ausnahmesituation, die ein besonderes Instrumentarium erfordert. Im Vordergrund muss im Moment die Absicherung des Rechtsstaats und der Demokratie stehen, und dazu braucht es eine Allianz aller menschenrechtsorientiert und europäisch denkenden Kräfte, also aller solidarischen Linken, Liberalen und überzeugten christlichen Bürgerlichen. Wenn wir über autoritäre Entwicklungen in Ungarn, Polen oder der Türkei sprechen, dann heißt es regelmäßig: Die Opposition scheitert, denn sie ist nicht geeint. Österreichs Oppositionsparteien laufen Gefahr, in einer für das Land entscheidenden Stunde denselben Fehler zu machen: Sie denken nicht im großen Rahmen, marschieren getrennt, jagen sich wechselseitig Stimmen ab.

Alle, die sich im Befund einig sind, dass Österreichs politische Situation ungewöhnlich ist, eben weil demokratische Strukturen abgebaut werden, müssten den logischen zweiten Schritt gehen: ungewöhnliche Mittel ergreifen. Das Mittel der Stunde wäre ein Zusammenwirken der Opposition in Form von Wahlplattformen oder Wahlbündnissen. SPÖ, Neos, Grüne, Liste Jetzt sind sich in allen wichtigen demokratiepolitischen Fragen einig. Es wäre schon bei der EU-Wahl im Mai 2019 naheliegender gewesen, den Erhalt von Weltoffenheit, Demokratie, Pressefreiheit als gemeinsame Basis eines Wahlbündnisses zu nehmen, und dasselbe gilt für die Nationalratswahl. Nachdem diese Chance verpasst ist, müsste zumindest die SPÖ als strategisches Ziel die Bildung eines Gegenmodells zu einer türkis-blauen Regierung formulieren: umzusetzen entweder durch ein neues breites Bündnis oder durch eine Minderheitsregierung. Eine ernsthafte Diskussion über Minderheitsregierungen ist lange überfällig. Das Modell der Minderheitsregierung erweitert die Zahl möglicher Regierungskonstellationen und beschränkt die Einflussmöglichkeiten populistischer Parteien. Es bedeutet ein schwierigeres Regieren, aber in einer erfahrenen Demokratie wie Österreich sollten die Parteien daran nicht scheitern. In Verbindung mit einer Lockerung des Klubzwangs könnten Minderheitsregierungen eine spürbare Belebung der parlamentarischen Demokratie und die wünschenswerte Stärkung des Parlaments bringen.

Blicken wir doch auf die Zahlen: Bei der Nationalratswahl 2017 erreichten ÖVP und FPÖ rund 57 Prozent der Stimmen, SPÖ, Neos und Liste Jetzt/Pilz rund 40 Prozent. In Umfragen zur Nationalratswahl liegen ÖVP und FPÖ gemeinsam stabil bei etwa 55 Prozent, SPÖ, Neos, Jetzt und Grüne gemeinsam bei 40 bis 42 Prozent. Derzeit streiten die Oppositionsparteien also untereinander um das kleinere Kuchenstück, statt gemeinsam ihren Anteil am Kuchen entscheidend zu vergrößern. Wer die autoritären Tendenzen stoppen will, muss also danach trachten, den Anteil des Kuchens der bis zum Misstrauensvotum bestehenden Opposition auf mindestens 51 Prozent zu bringen. Dazu wäre ein zumindest informelles Bündnis mit drei, vier Leuchtturmprojekten, auf die man sich verständigen kann, vielleicht mit einem attraktiven alternativen, gemeinsam erstellten Schattenkabinett, ein neues Rezept.

11 Prozent – diesen Stimmenanteil erhielt der Kandidat der SPÖ bei der Bundespräsidentenwahl 2016; bei 11 bis 14 Prozent liegt die deutsche SPD in der aktuellen Sonntagsfrage. So dramatisch ist die Umfragesituation für die Schwesternpar-

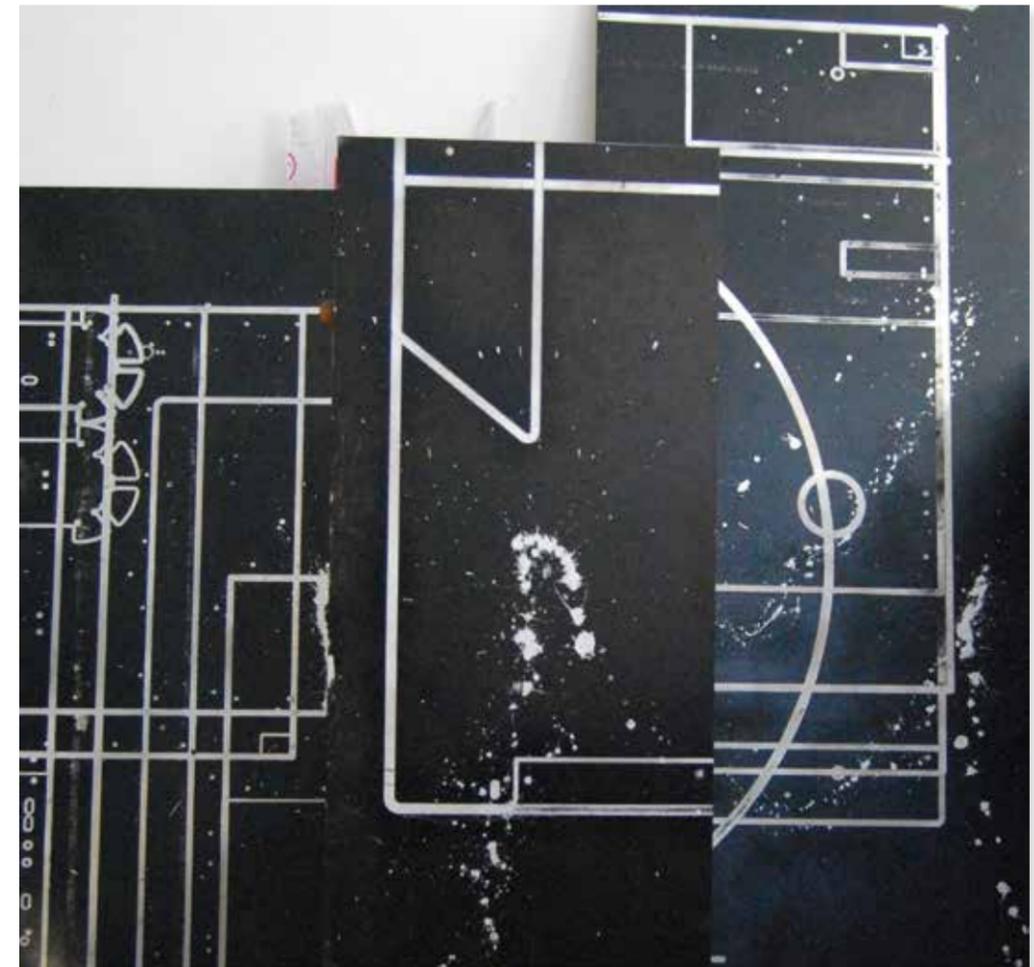
tei SPÖ nicht – dennoch baut auch die SPÖ in der Gesamtschau von Bundes- und Landeswahlergebnissen kontinuierlich ab und ist in einzelnen Bundesländern praktisch nicht mehr relevant. In Niederösterreich und Oberösterreich, wo SPÖ und ÖVP vor gar nicht allzu langer Zeit regelmäßig gleichauf waren, ist die Sozialdemokratie weit zurückgefallen. Die wichtigste Machtbasis der SPÖ, Wien, steht nicht mehr so unangreifbar da, wie das jahrzehntlang der Fall war. Der Verlust der Regierungsmacht in Wien könnte das Ende der SPÖ als bedeutende bundespolitische Kraft bedeuten. Will die SPÖ einen Umschwung schaffen, dann sollte sie sich dieser Realität stellen. Andernfalls droht ein Schicksal wie jenes der französischen Sozialisten, die *de facto* untergegangen sind. Verdrängung ist ein schlechter politischer Ratgeber, genauso wie der Hinweis, dass der geringere Zuspruch zur Sozialdemokratie ungerecht sei. Das ist zum Teil richtig, es hilft aber nichts.

Die Sozialdemokratie verdrängt die Gefahr des Absturzes weitgehend. Man hofft vor jeder Wahl, es werde noch einmal gut gehen. Dabei geht es seit vielen Jahren und vielen Wahlen nicht mehr gut. Auf schlechte Ergebnisse reagiert die Führung der Sozialdemokratie zu oft mit Lähmung statt mit dem nötigen Aufbruch. Dabei wäre eine starke Sozialdemokratie für die gesamte Gesellschaft ebenso wichtig wie vor 100 Jahren. Die verheerenden Wirkungen einer unregulierten Wirtschaft, vor allem einer ungezügelter Banken- und Finanzwirtschaft, des Neoliberalismus, all das in Verbindung mit einem neuen Nationalismus, zeigen sich überall, vom Klimawandel bis zur Arbeitslosigkeit in Südeuropa und zu verbreiteten autoritären Tendenzen. Es ist Aufgabe und Verpflichtung der Sozialdemokratie, all dem entschlossen entgegenzutreten. Und Zeit, an frühere historische Leistungen wieder anzuschließen. 🍀

OLIVER SCHEIBER

ist Jurist und Publizist in Wien und Autor des Buchs „Sozialdemokratie – letzter Aufruf“, bahoe books (2019).

Weitere Infos online unter: oliverscheiber.blogspot.com/.



Claudia Ungersbäck (2016) Silverpainting,
3 parts mixed media on wood
© Claudia Ungersbäck

Demokratie & Irrglaube: Fünf Vorschläge für die ZUKUNFT der Sozialdemokratie ...

Angesichts der Wirtschaftsdiktatur des Donald Trump stellt sich aktuell die Frage, mit welchem Demokratiekonzept die Sozialdemokratie in ZUKUNFT ihren Weg gehen kann. **Julian Kroyer und Benjamin Enzmann** beklagen in ihrem Beitrag den Kniefall der westlichen Sozialdemokratien vor neoliberalen Ökonomien seit den 90er Jahren (u. a. bei Clinton, Blair, Jospin und Schröder) kritisieren eine damit verbundene „liberale Illusion“ und fordern eine deutliche und kantige Positionierung der SPÖ im Sinne des demokratischen Sozialismus.

1. EINLEITUNG

Laut Marquês de Sá startet die Missdeutung der Demokratie von Beginn an mit dem Problem der Reproduktion von *Repräsentation*, das auch in der französischen Linken – vor allem nach dem Mai 68 und angesichts der Gelbwestenbewegung (fr. *gilet jaunes*) – eine geraume Rolle gespielt hat. Ganz in diesem Sinne hat der belgisch-britische Staatswissenschaftler Ralph Miliband festgehalten:

„Those who control and determine selection and promotion at the highest level of the state service are themselves most likely to the members of the upper and middle classes, by social origin or by virtue of their own professional success, and are likely to carry in their minds a particular image of how a higher civil servant or military officer ought to think, speak, behave and react; and that image will be drawn in terms of the class to which they belong.“

Diese Feststellung trifft nach wie vor auf die heutigen Führungsriege der westlichen kapitalistischen Welt zu, denn wie

wir beobachten können, stammen alle bisherigen PräsidentInnen, KanzlerInnen, PremierministerInnen und ihre Netzwerke aus den Klassen der Aristokratie und Bourgeoisie. Der bürgerliche Staat ist jedoch stets bemüht, den Anschein der Demokratie aufrecht zu erhalten, sei es durch von der Wirtschaft kontrollierte Massenmedien, manipulierte Volksabstimmungen oder die angebliche demokratiepolitische Öffnung der Einheitsmeinung, in der mediales Spektakel, Krise und Krieg zusammenfallen.² Auch durch das Etablieren neuer Parteien wird ein großer Irrglaube perpetuiert: Je mehr Parteien in einem Staat mitwirken, desto demokratischer sei er angeblich auch.

Dahingehend möchten wir daran erinnern, dass nach dem 2. Weltkrieg kein westlicher Staat, welcher durch ein Mehrparteiensystem stabilisiert und aufrecht gehalten wurde, seine staatstheoretische Ideologie verändert hat, während durchaus darauf verwiesen werden darf, dass sich das Einparteiensystem in China innerhalb von wenigen Jahrzehnten unter der Füh-

rung von Mao Zedong oder Deng Xiaoping mehreren noch nie dagewesenen ökonomischen und kulturellen Reformen gegenüber sah. Sprich: die Anzahl von Parteien kann – auch angesichts des wirtschaftsdiktatorischen Zweiparteiensystems in den Vereinigten Staaten – nie ein Indikator für Demokratie sein, denn die Tatsache, dass es in der bürgerlichen Demokratie zwei oder mehrere Parteien gibt, bedeutet nicht, dass sich der jeweilige Staat in der Folge von verschiedenen (wirtschaftspolitischen) Ideologien leiten lässt. Vielmehr folgen etwa im heutigen österreichischen Nationalrat alle Parteien der neoliberalen Oberbefehlslogik.

Der britische Schriftsteller Aldous Huxley schrieb dazu passend bereits 1932 in seinem Roman *Schöne neue Welt*:

„Ein wirklich leistungsfähiger totalitärer Staat wäre ein Staat, in dem die allmächtige Exekutive politischer Machthaber und ihre Armee von Managern eine Bevölkerung von Zwangsarbeitern beherrscht, die zu gar nichts gezwungen zu werden brauchen, weil sie ihre Sklaverei lieben. Ihnen die Liebe zu ihr beizubringen, ist in heutigen totalitären Staaten die den Propagandaministerien, den Zeitungsredakteuren und Schullehrern zugewiesene Aufgabe.“³

Die Ideologie eines kapitalistischen Staates dreht sich dabei immer um ihre wichtigsten Dogmen: die Marktwirtschaft, das Privateigentum und die bürgerliche Gewaltenteilung. Solange eine Organisation oder Partei wie die österreichische Sozialdemokratie es nicht schafft, diese auch durch den Neoliberalismus gefestigten Dogmen mit Hilfe einer wissenschaftlichen Theorie im Sinne des *Neomarxismus* als *Austromarxismus 4.0* frontal zu attackieren, wird sie auch nicht die Kraft haben, in der ZUKUNFT wieder eine gesellschaftsverändernde Bewegung zu werden.

2. DIE LIBERALE ILLUSION



HEISTERHAGEN, NILS
DIE LIBERALE ILLUSION

Broschüre

Berlin: Dietz Verlag.

352 Seiten | € 22,00

ISBN 978-3-8012-0531-7

Erscheinungstermin: Mai 2018

„Es gibt vermutlich kein Konzept, welches von der kapitalistischen Klasse derartig manipuliert und fehlinterpretiert wird, wie das Konzept der Demokratie.“

Marquês de Sá

Um dies nun auf die österreichische Sozialdemokratie sowie ihre „liberale Illusion“⁴ zu beziehen und es damit auch herunterzubrechen: spätestens seit dem Zugeständnis an den neoliberalen Kapitalismus durch den sogenannten „Dritten Weg“⁵ unter Clinton, Blair, Jospin oder Schröder wurde direkt nach dem Fall der Mauer die letzte Bewegung aufgegeben, die ein derartiges alternatives Potenzial gehabt hätte. Daher auch in England die Rückkehr der *Old Labour*, da immer deutlicher wird, dass die (neoliberale) *New Labour* so neu nicht war. Auch der *Democratic Socialism* von Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez beweist auf globaler Ebene eine Rückkehr dezidiert sozialistischer Politik. Die österreichische Sozialdemokratie steckt indes seit Jahren in ihrer stramm hierarchischen und einer von Paranoia geleiteten Bürokratie fest,⁶ die *de facto* der Rolle und Funktion eines neoliberalen Co-Managements am Sterbebett des deregulierten Kapitalismus entspricht.

Jede neue systemkritische oder systemüberwindende Initiative (wir denken an alle Beteiligten der Donnerstagsdemos) wird parteiintern hart bekämpft und schon vom Ansatz her in der Luft zerrissen, im Keim erstickt oder bedroht, weil die Angst ausgedienter Parteibonzen zu groß ist, etwaige Posten und Privilegien zu verlieren. Selbst Christian Kern dräute es, dass die SPÖ zu einem „Pensionssicherungsverein für die Parteielite“⁷ degradiert wurde. Anstatt sich also ein Beispiel zu nehmen an der „neuen“ *Old Labour* rund um Jeremy Corbyn, die mit ihrer Bottom-Up Strategie die Basis volkssouverän von Wahlsieg zu Wahlsieg führt, oder sich an den linken Kräften des amerikanischen demokratischen Sozialismus zu orientieren, setzt man in der Insel der Seligen weiterhin auf eine wirtschaftshierarchische Top-Down Organisation, die in amerikanischer, campus-linker Manier versucht das *Social Justice Warrior*-Konzept für Österreich zu adaptieren.

So muss auch nachdrücklich daran erinnert werden, dass die damals neu gewählte Vorsitzende der österreichischen Sozialdemokratie, Pamela Rendi-Wagner, in einem ihrer ersten Interviews gegenüber der *Presse* betonte, Karl Marx sei

ihr zu leistungsfeindlich,⁸ weshalb sie auch nicht den richtigen Zeitpunkt für eine Erbschafts- und Vermögenssteuer sehen konnte. Dabei könnte doch gerade die SPÖ-Spitze mit ihren gehobenen Zeigefingern – wenn schon nicht bei Marx – wenigstens einen Blick in die Einleitung einer ökonomisch hoch kompetenten Arbeit des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Piketty werfen, um *Das Kapital im 21. Jahrhundert* zu verstehen:

„Wenn die Kapitalrendite dauerhaft höher ist als die Wachstumsrate von Produktion und Einkommen, was bis zum 19. Jahrhundert der Fall war und im 21. Jahrhundert wieder zur Regel zu werden droht, erzeugt der Kapitalismus automatisch inakzeptable und willkürliche Ungleichheiten, die das Leistungsprinzip, auf dem unsere demokratischen Gesellschaften basieren, radikal infragestellen.“⁹

In diesem Sinne muss die SPÖ zumindest auch die Dringlichkeit der Verteilungspolitik im Spätkapitalismus realisieren, anstatt auf die österreichische Unter- und Mittelschicht zu zeigen, um einzig und allein eine moralische Instanz zu spielen, die *de facto* einer bürgerlichen *Doppelmoral* entspricht.

Dennoch bleibt die Hoffnung weiterhin bestehen, dass die Sozialdemokratie auf dem Weg in die ZUKUNFT wieder zu ihrer alten Stärke zurückfinden könnte, um ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Doch die Aufgabe ist groß und die gegenwärtige Führungsriege scheint zu versteift und zu verängstigt zu sein. Ein erster wichtiger Schritt dahingehend wäre eine Organisationsreform, die ausgehend vom Konzept der Volkssouveränität¹⁰ mehr Selbst- und Mitbestimmung der Basis verankert. Ebenso sollte man eine Zentralisierung der Parteiführung und Dezentralisierung der Verantwortlichkeiten andenken. Derzeitig entscheidet das Parteipräsidium bzw. der Parteivorstand über die Vorgangsweisen und Handlungsschritte, bei etwaigen Fehlschritten der Bewegung muss aber immer nur die Vorsitzende den Schaden innerhalb und außerhalb der Parteigrenzen beheben. Das ist eine typisch sozialdemokratische und autoritäre Art und Weise mit Problemen umzugehen.¹¹ Vielmehr sollten bei einer kollektiven Fehlleistung auch kollektiv die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden wie angesichts des Ausverkaufs der ArbeiterInnenbewegung an die Diktate neoliberaler Ökonomie. Ebenso wäre ein Bildungs- und Kulturoffensive eine lobenswerte Idee, um wieder vielschichtiger und breiter aufgestellt zu sein. Denn wie wir u.a. dem autobiografischen Bestseller-Roman *Die Rückkehr nach Reims*¹² von Didier Eribon entnehmen können, ha-

ben linke Organisationen und deren Handlungsformen schon längst den Kontakt zu ihren ehemaligen StammwählerInnen verloren, wenngleich in den Diskussionen mit und zu Eribon auch klar geworden ist, dass die Kategorie *Klasse* (ge)wichtiger ist, als etwa die Kategorie *Geschlecht*.¹³

3. SOZIALDEMOKRATIE UND/ALS DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS



Karl Mark-Gedächtnistafel
© Wikimedia Commons

Insofern wollen wir von Döbling aus an den ehemaligen Bezirksvorsteher Karl Mark erinnern, der in einem von Helene Mai herausgegebenen Sammelband zu den ersten 100 Jahren der österreichischen Sozialdemokratie festgehalten hat:

„Wenn in Österreich 700 000 Menschen Mitglieder der sozialistischen Partei sind, dann glaube ich, dass nicht mehr als 70 000 davon Sozialisten sind.“¹⁴

Auch und gerade deshalb wurde aus einer Bewegung, die vollkommen zu Recht stolz auf ihre ideologische Stärke und Bildungskraft war, ein Schatten ihrer selbst. All die hier präsentierten Reflexionen sollen dabei keineswegs eine Abrechnung und auch kein Verriss über die Entwicklung und den momentanen Zustand der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) sein, sondern viel mehr ein Beitrag zur ZUKUNFT der österreichischen Sozialdemokratie im Sinne eines demokratischen Sozialismus. Denn – wie bereits erwähnt – wurden auf unterschiedlichste Art und Weise in den letzten Jahren lokal und global die Auswirkungen von *New Labour* bzw. des „Dritten Wegs“ beschrieben, analysiert und diskutiert. Gleichzeitig sammeln sich immer wieder machtpolitisch stark unterstützte Gruppierungen wie die *Mont Pèlerin Society*, wel-

che diesen am Neoliberalismus Kritik übenden Diskurs komplett ignoriert, bekämpft und weiterhin an ihrem marktradikalen Glaubenssystem und Dogma festhält: der prinzipiellen Reformierbarkeit des Kapitalismus im Sinne der reformistischen (neo-)liberalen Illusion.

Im historischen Kontext gesehen, ist es bedauerlicherweise nicht verwunderlich, dass die Kräfte, die den Kniefall der europäischen Sozialdemokratie für fatal halten, in der Minderheit sind. Doch Zeiten können sich ändern. In diesem (un-)ideologischen Spannungsfeld befindet sich also die Sozialdemokratie in Österreich und in Gesamteuropa. Ein Weg aus dieser Sackgasse ist längst überfällig und notwendig, damit diese Partei eine ZUKUNFT hat. Über das „Wie“ muss diskutiert werden, offen und hart, aber nicht diffamierend und hinterbänklerisch. Einen Hoffnungsschimmer für eine beginnende Debatte gab übrigens Christian Kern in seiner Präsentation des *Plan A* in Wels im Jänner 2017:

„Nicht ihr habt euren Weg verlassen, wir haben unseren Weg verlassen. Es ist nicht eure Schuld, es ist unsere Schuld.“¹⁵

4. FREIHEIT, GLEICHHEIT ...



République Française – Liberté Égalité Fraternité
© Wikimedia Commons

Kern hat mit dieser Äußerung alle Fehler eingestanden, die zu Beginn der 90er Jahre begangen wurden, als der individualisierende und entsolidarisierende Neoliberalismus Einzug in die Büros der sozialdemokratischen FunktionärInnen hielt

und alles, was an den Sozialismus und die sozialistische Partei erinnerte, eigenhändig *vernichtet* wurde. Aber in der Retrospektive hat eine kritische Debatte niemals begonnen und liegt dennoch *ad acta*. Doch diese so notwendige Diskussion über die eigentliche Ausrichtung und genaue Definition der sozialdemokratischen Grundwerte bleibt aus. Ein Beispiel: *Freiheit* ... sie wird von der Sozialdemokratie großgeschrieben und berechtigterweise als ein Grundpfeiler der Bewegung angesehen. Doch eine genaue und wirklich *kritische* Diskussion, wie wir sie angesichts neoliberaler Freiheitsbegriffe *à la* Friedrich August von Hayek¹⁶ finden, bleibt aus? Ist die Freiheit also für uns SozialistInnen eher die bürgerliche Auslegung und Negation der amerikanischen, englischen, französischen und russischen Revolution oder eine gesellschaftliche, kollektive, soziale und demokratische Freiheitsauslegung im Sinne der (austro-)marxistischen Philosophie der Praxis?

Bei den weiteren Grundwerten treten ebenso Widersprüche auf, welche unangetastet bleiben. Es ist scheinbar *en vogue* geworden, den inhaltlichen Diskurs zu meiden und in eine Antriebslosigkeit zu verfallen. Dieser Umstand führt zu einer Austauschbarkeit der Sozialdemokratie durch andere Parteien, welche sich als „links“, „progressiv“, oder „humanistisch“ – bzw. all dies zusammen – bezeichnen. Eine klare linke Kante fehlt in der Sozialdemokratie zur Gänze, wobei auch jeder Versuch torpediert wird, nachhaltig wieder Vertrauen und Kraft innerhalb der Sozialdemokratie aufzubauen, um einem demokratischen Sozialismus das Wort zu reden.

5. FÜNF VORSCHLÄGE FÜR DIE ZUKUNFT ...

Erst wenn klare Positionen und ein Leitbild geschaffen sind, kann der Zug der Sozialdemokratie auf dem Weg in die ZUKUNFT wieder Fahrt aufnehmen. Ansonsten bleibt es mit Oliver Scheiber der „letzte Aufruf“, zu den Wurzeln der Bewegung zurückzukehren (siehe seinen Beitrag in dieser Ausgabe). Dafür müssten einige Voraussetzungen erfüllt werden, die wir nun abschließend in fünf Punkten zusammenfassen wollen:

1. Die fehlende Bildungsbewegung muss im Sinne der ArbeiterInnenbildungsvereine und der Volkshochschulen von Grund auf neu gestaltet werden. Nur dort wo ein Angebot für Bildung besteht, kann eine Nachfrage entstehen. Anders formuliert: die Bildung muss wieder ins kleine, also in die Bezirke und an die Basis zurückkehren. Vor Ort und nicht primär an zentralisierten Bildungsakademien, Fachhochschulen und Universi-

täten sollte die bildungspolitische Arbeit geschehen. Back to the roots! Back to the future! Angesichts der aristokratischen und bürgerlichen akademischen Bildungswelt¹⁷ muss eine volkssouveräne, intellektuelle Gegenbewegung in Gang gesetzt werden. Kostenlos, informativ, kritisch und befähigend soll die Bildungsbewegung der sozialdemokratischen Partei sein. Damit der austromarxistische Weg zum „Neuen Menschen“ im Roten Wien nicht nur eine Utopie bleibt.

2. Weiters ist die fehlende demokratische Diskussions- und Debattenkultur in der Partei fatal. Sie beginnt schon im Kleinsten und lässt sich bis an die Spitze nachverfolgen. Eine offene und ehrliche Kultur der kommunikativen Diskursführung, vor der sich viele in der Sozialdemokratie scheuen, führt keineswegs zu einer öffentlichen bzw. innerparteilichen Selbstdemontage, sondern kann den Weg zur alten und neuen WählerInnenschaft öffnen. Wir könnten es so mit offenen und „integrierenden“ Diskursen auch wieder schaffen, Menschen von einer aktiven Teilnahme in der Partei zu überzeugen oder sie (wie etwa mit Andi Babler in Traiskirchen) durch *Fokusgruppen* zur Mitarbeit bewegen.¹⁸
3. Die oft angeregte Demokratisierung könnte aber auch vom Gralsbringer zum Totengräber werden, wenn die institutionelle Basis der Partei ihre Disziplin und ihr Geschick hinsichtlich notwendiger Kampfmaßnahmen verliert. So starr und verstaubt die Strukturen auch sind, es bleibt daran zu erinnern, dass sie 130 Jahre lang Bestand hatten und die Parteigeschichte auch eine lange Reihe von Erfolgen für die ArbeitnehmerInnen verzeichnen kann.¹⁹ Die Demokratisierung des parteiinternen *und* öffentlichen Diskurses sollte daher mit einer straffen organisatorischen Schlagkraft von Partei und Gewerkschaft(en) zusammenfallen. Denn nur dann wäre die Sozialdemokratie tatsächlich *demokratisch* und in der politischen Zwecksetzung *sozial*.
4. Die vermeintlich unterschiedliche Lebensrealität der Menschen muss wieder auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden, oder einfach gesagt: ein neues politisches Narrativ muss aufgebaut werden. Eine *Meta-Erzählung*, die sich vornimmt, auf breiter Ebene alle Lohnabhängigen (*blue collar worker*, Kognitariat, Prekariat usw.) für das gemeinsame politische Projekt

und Ziel zu gewinnen ... Das ist eine grundlegende Anmerkung zur Debatte über die neue sozialdemokratische Erzählung. Diese kann nur dann wirklich funktionieren, wenn sie die Reformierbarkeit des Kapitalismus negiert und ganz klar für eine Welt ohne das Joch des Kapitals eintritt. Kurz gesagt für eine *demokratische* und d. h. *sozialistische* Welt!

5. Ohne Kultur keine Revolution. Wann war die Sozialdemokratie eine bestimmende und starke Kraft? Immer wenn sie auch eine *kulturelle* und *bildungspolitische* Bewegung war, die gerade im Kulturbereich die *kulturelle Hegemonie* erreichte.²⁰ Doch leider verlor sie den Kontakt und den Zugang zu jeder Form von Kultur, insbesondere zu proletarischer Kultur. Wir benötigen daher ein klares Bekenntnis zu einem freien, kritischen und auch ausfinanzierten Kulturleben in Österreich. Gleichzeitig muss Kultur *allen* Menschen in niederschwelliger Art (d. h. kostenlos, in der Nähe des Wohnorts etc.) zu Verfügung stehen. Hier könnte die Sozialdemokratie Vermittlerin zwischen der Kultur und den Menschen sein. Sie kann den idealen Rahmen im Sinne eines Sozial- und Wohlfahrtsstaates schaffen, um diese Begegnung zu ermöglichen, und zu einer weiteren Entfaltung der Kreativität und Souveränität der Menschen beizutragen. So könnten die zum Glück noch vorhandenen Sektionslokale zu Kulturzentren umgestaltet werden, um im „Grätzl“ wieder konsumfreie Anlaufpunkte für die Menschen zu schaffen. Hier ist unser Kopenhagenhof in Döbling ein gutes Beispiel. Damit könnte die Sozialdemokratie wieder im Sinne Bruno Kreiskys viele Menschen einladen, „ein Stück des Weges“ mit ihr zu gehen.

6. SCHLUSS

Diese fünf Punkte – und natürlich auch weitere, welche aus Umfangsgründen hier unerwähnt aber nicht vergessen sind – müssen ins Bewusstsein der Partei eindringen. Die ZUKUNFT der Sozialdemokratie ist daher eng mit einer guten Zukunft *für alle* ÖsterreicherInnen verbunden, die wir nur gemeinsam erreichen können. Wie wird im Februarlied *Schluss mit Phrasen* gesungen?

„Vorwärts Marsch – Denn uns gehört die Welt und der sozialistischen Partei!“

Abschließend möchten wir deshalb betonen, dass es aufgrund der vielschichtigen Probleme nicht die eine richtige Lösung gibt. Aber sollte die SPÖ nicht bald aus ihrem Elfenbeinturm herauskommen und eine klar linke Programmatik entwickeln, droht in absehbarer Zeit der endgültige Absturz, ganz im Stil der deutschen sozialdemokratischen GenossInnen. Und auch wenn es uns als jungen Sozialisten täglich schwerer fällt, innerhalb dieser Bewegung dieses geschichtsträchtigen und stolzen Wort zu sagen, bringen wir es dennoch immer über die Lippen:

„Freundschaft“!



JULIAN KROYER UND BENJAMIN ENZMANN
sind Funktionäre der SPÖ Döbling und Kandidaten für die Nationalwahl am 29. September 2019. Weitere Infos online unter: www.spoe.wien/benjamin-enzmann/ und <http://www.spoe.wien/julian-kroyer/>.

1. Miliband, Ralph (1969): *The State in Capitalist Society*, New York: Basic Books, 63–64.
2. Losurdo, Domenico (2017): *Warum die Linke fehlt ... Gesellschaft des Spektakels, Krise, Krieg*, Köln: PapyRossa.
3. Huxley, Aldous (2006): *Schöne neue Welt*, Frankfurt am Main: Fischer, 19.
4. Heisterhagen, Nils (2018): *Die liberale Illusion: Warum wir einen linken Realismus brauchen*, Berlin: Dietz.
5. Giddens, Anthony (1999): *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, Edition zweite Moderne, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
6. Vgl. vom Titel weg: Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1977): *Anti-Ödipus. Kapitalismus und Schizophrenie I*, Berlin: Merve.
7. Vgl. <https://www.tt.com/politik/innenpolitik/15753932/kern-aufdistanz-zu-rendi-wagner-hoch-gewinnt-spoe-nimmer> (letzter Zugriff: 25.08.2019).
8. Vgl. https://diepresse.com/home/innenpolitik/5550840/RendiWagner_Marx-ist-mir-zu-wenig-leistungsfreundlich (letzter Zugriff: 25.08.2019).
9. Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München: C.H. Beck, 13–14.
10. Maus, Ingeborg (2011): *Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie*, Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Vol. 2007, Berlin: Suhrkamp.
11. Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswik, Else/Levinson, Daniel J./Sanford, Nevitt (1950): *The Authoritarian Personality*. Studies in Prejudice Series, Volume 1, New York: Harper & Row.
12. Eribon, Didier (2016): *Rückkehr nach Reims*, Berlin: Suhrkamp.
13. Eribon, Didier (2017): *Gesellschaft als Urteil. Klassen, Identitäten, Wege*, Berlin: Suhrkamp.
14. Helene Mai (Hg.) (1988): *Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888–1988*, Wien/München: Brandstätter, 66.
15. Vgl. <https://kurier.at/politik/inland/livestream-die-grundsatzrede-von-bundeskanzler-christian-kern/240.482.048> (letzter Zugriff: 25.08.2019).
16. Hayek, Friedrich August von (1991): *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen: Mohr-Siebeck.
17. Bourdieu, Pierre (1988): *Homo Academicus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
18. Vgl. <https://www.derstandard.at/jetzt/livebericht/2000104424677/wozu-brauchen-wir-noch-die-sozialdemokratie?responsive=false> (letzter Zugriff: 25.08.2019).
19. Vgl. <https://rotbewegt.at/> (letzter Zugriff: 25.08.2019).
20. Gramsci, Antonio (1991ff.): *Gefängnishefte*, 10 Bände, Hamburg: Argument-Verlag.



Claudia Ungersbäck (2004) No title,
book, digital print
© Claudia Ungersbäck

Na.Servus – Ein Essay

Abstract: Der gesellschaftskritische Aspekt der Kunstproduktion ist auf den neoliberalen Märkten besonders von Deregulationen betroffen. Im allgemeinen gesellschaftlichen Klima einer Politik der Gefühle stellt sich daher die Frage, unter welchen sozialen und demokratischen Bedingungen Kunst aktuell hergestellt wird. Die Künstlerin und Philosophin **Claudia Ungersbäck**, die auch die Kunststrecke dieser Ausgabe der ZUKUNFT bebildert hat, geht in ihrem Essay der prekären Lage von kritischer Kunst nach ...

Womöglich besteht das größte Problem Österreichs (und der österreichischen Politik) darin, dass sich die Menschen in diesem Land nicht darüber einigen können, was als Wahrheit angesehen wird. Es ist auch ein Trend zu verzeichnen, Wahrheit und Tatsachen als Konsens generell zu negieren und damit die „objektive“ Wahrheit auf „subjektive“ Wahrnehmung zu reduzieren. Josef Haslinger hat diesbezüglich schon 1987 festgestellt, dass sich (während der Waldheim-Affäre) eine Tendenz in der „Politik der Gefühle“ zur Geschichtslosigkeit abzeichnete, die sich mehr und mehr an Produktwerbung orientierte und sich in der Folge durchzusetzen schien. Haslinger hat damals bemerkt, dass sich Österreich vor allem an Verwandtschaftsbeziehungen orientiert, deren kleinste Einheit die Familie ist, in der alles geregelt wird und bleibt. Die ArbeiterInnen haben es demnach – aufgrund der strukturellen Verwandtschaftsbeziehungen – in Österreich besonders schwer ihre Interessen durchzusetzen, weil z. B. der Chef mit dem Finanzminister verwandt ist. Was ich hier anführe ist demnach nichts Neues.

Neu ist jedoch, dass die Arbeiterklasse gänzlich akzeptiert zu haben scheint, dass der moderne Kapitalismus ein selbstverständliches Naturgesetz sei. Die Sozialdemokratie hat, um das kapitalistische Gesamtinteresse im Sinne eines Co-Managements gestalten zu können, den Sozialismus – und damit die Freundschaft und die Internationalität – verkauft und lädt ihn und seine Symbole als kleines Gedenkstück für besondere Anlässe hin und wieder ein. Ein Opfer, das gebracht werden musste und das mithin nur mehr in Szene gesetzt wird. Schließlich ist Politik ja nur ein Verein, bei dem man dabei ist, wobei das im Grunde niemand wirklich glaubt. In dem

Maße wie auch versucht wird, kritische Kunst zu wirtschaftlich rentabler, zielgruppenorientierten Produktion „umzufördern“, nimmt die Politik als Ästhetisierung nur mehr künstlerische Gestalt an.

Gefühle werden nun nicht im Theater und durch die Kunst durchlebt und ausverhandelt, sondern über Politik-Stücke, die „von sich reden machen“. Dass die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung jede Kunst verachtet, die mehr ist als Unterhaltung und ästhetisierte Politik gerne annimmt, liegt teils am antiintellektuellen Klima und teils an der Wissenschaftsfeindlichkeit in diesem Land. Aufklärungsarbeit gilt offenbar ebenso wie Staatsbürgerkunde im Pflichtschulunterricht als ein unrentables Blumenfach. Das zeitgerechte und -genössische bebauen der Kulturlandschaft und deren Auswahl wird großteils bewährten Großunternehmen überlassen, Kredite für LiebhaberInnenstücke werden seltener und mit nicht unwesentlichem Eigenkapital als Sicherheit gewährt. „Geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut“ ist die Zukunftsmusik, die gerne lauter gespielt wird, als die Sorge um die Working Poor, das Kognitariat und das Prekariat oder das Nachdenken über künftige Umweltschäden, in denen die wohlhabenden Enkel dann leben werden. Dass eben die Tragödie aus dem Geiste der Musik kommt, hat Friedrich Wilhelm Nietzsche schon festgestellt. Der Grundstock des Begriffs der Gerechtigkeit über die Mathematik ist ebenfalls in der Musik begründet. Somit müsste sich im Grunde durch einen Rückgriff auf die Musik alles lösen lassen. Odysseus lässt sich, um den Sirenen und der Wahrheit zu lauschen, von seinen Gefährten am Mast festbinden, verstopft ihnen die Ohren und lässt sie rudern.

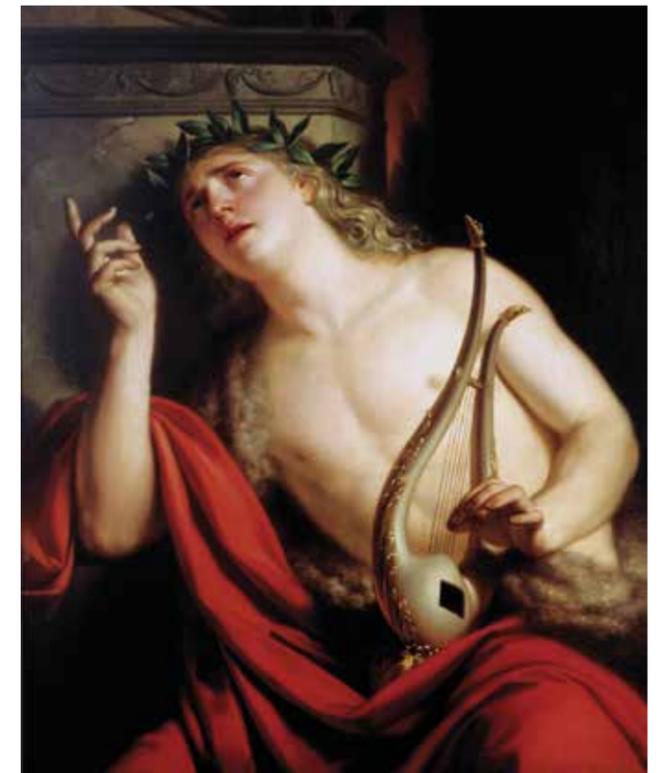


Odysseus and the Sirens. Detail from an Attic red-figured stamnos, ca. 480-470 BC
© Wikimedia Commons:

Ungestraft drauflos- und rausbrüllen dürfen wir nur in der Kunst und auf einer Demonstration. Früchte des Zorns sind, wie alle Beobachtung Erfindung ist, sowohl Wahrnehmung als auch Gedanke, Grund und Intuition. Es stellt sich im Anschluss die Frage, ob Literatur und Kunst die einzig ansprechenden Formen sind, um Gesellschaftskritik zu üben und wenn ja, was uns das über die Befürchtungen, im nächsten Jahr bei zu kritischen Aussagen Förderungen zu verlieren, sagt. Eine Tendenz zum „wer zahlt, schafft an“ lässt sich spätestens (und öffentlichkeitswirksam) angesichts der versprochenen und nicht eingehaltenen Spenden für den Wiederaufbau des Kulturguts der Notre-Dame nachweisen. Spenden, bei denen mangels Mitspracherecht nur mehr der Geldverbleib verzeichnet werden kann. So steht auch die Frage im Raum, ob die Unter- oder Nichtfinanzierungen von zeitgenössischen KünstlerInnen ein politisches Kalkül darstellt. Die Nation Österreich scheint kritische und unliebsame Kunst- und Kulturarbeit nicht mehr zur Anrufung zu benötigen, sie greift nur mehr im Einzelfall auf sie zurück. Selbst die Moral ist nur mehr ein fixes Tauschäquivalent geworden, auf das wir uns berufen können.

Kunst fängt, gehen wir von der Poesie aus, dort an, wo sich Sprache vom alltäglichen Gebrauch abhebt. Bourdieu spricht diese Fähigkeit, die Fähigkeit abstrakt zu denken, der herrschenden Klasse (aufgrund der höheren Bildung) zu, eine gerechte Lösung ist demnach eine Frage der Umverteilung und mithin zumindest einer Annäherung von Kapital und Arbeit. Es ist diskutabel, ob von einer herrschenden und einer beherrschten Klasse gesprochen wird oder von rivalisierenden

den kapitalistischen Unternehmungen mit jeweils anderen Interessen und Zielen. Unter kapitalistischen und insbesondere neoliberalen Bedingungen sind im Staat alle Bürger Privateigentümer, ohne persönliche Abhängigkeitsbeziehung oder Leibeigenschaft, wobei die Definition von Freiheit daran gekoppelt ist, das tun zu können, was man möchte. Um den Sirenen zu lauschen und sich nicht in ihnen zu verlieren, ist Odysseus' logische Konsequenz, die Gefährten zu tauben Rudern zu machen. Orpheus hatte den Gesang stur mit der Leier übertönt. Kunstgenuss bedeutet also, sich über „Prädikate“ zu verständigen, wobei gerade diese Prädikate für das praktische Meistern des alltäglichen Lebens nicht notwendig sind. Dafür werden lediglich nüchternes Denken und die Fähigkeit, zwischen Fiktion und Realität unterscheiden zu können, gebraucht.



Franc Kavčič – The Lament of Orpheus
© Wikimedia Commons

Prädikation, Wahrnehmung und Gefühl sind es jedoch, die uns allererst zu Subjekten machen. Annahmen, dass Kunst (möglicherweise wegen dem emanzipierten selbstbestimmten Obsessionscharakter der KünstlerInnen) sowieso entsteht

und produziert wird, auch wenn sie nicht vergütet wird, machen die prekäre Lage von KunstproduzentInnen, die wie andere Lebewesen essen sowie schlafen müssen und altern, nicht einfacher. KünstlerInnen sind eben nicht die besseren Menschen und sind nach dem Auftritt auf der Showbühne, sofern sie nicht anderwertig finanziert werden, in vielen Brotjobs anzutreffen, mit denen sie Materialausgaben bezahlen und ihre Grundbedürfnisse decken. In Ausbildungsstätten werden dann neueste wissenschaftliche Erkenntnisse der Pädagogik diskutiert, doch finden sich PädagogInnen praktisch in Lehrplänen aus den 70er Jahren wieder. Auch schizophrene Politikstrukturen kommen nicht von ungefähr.

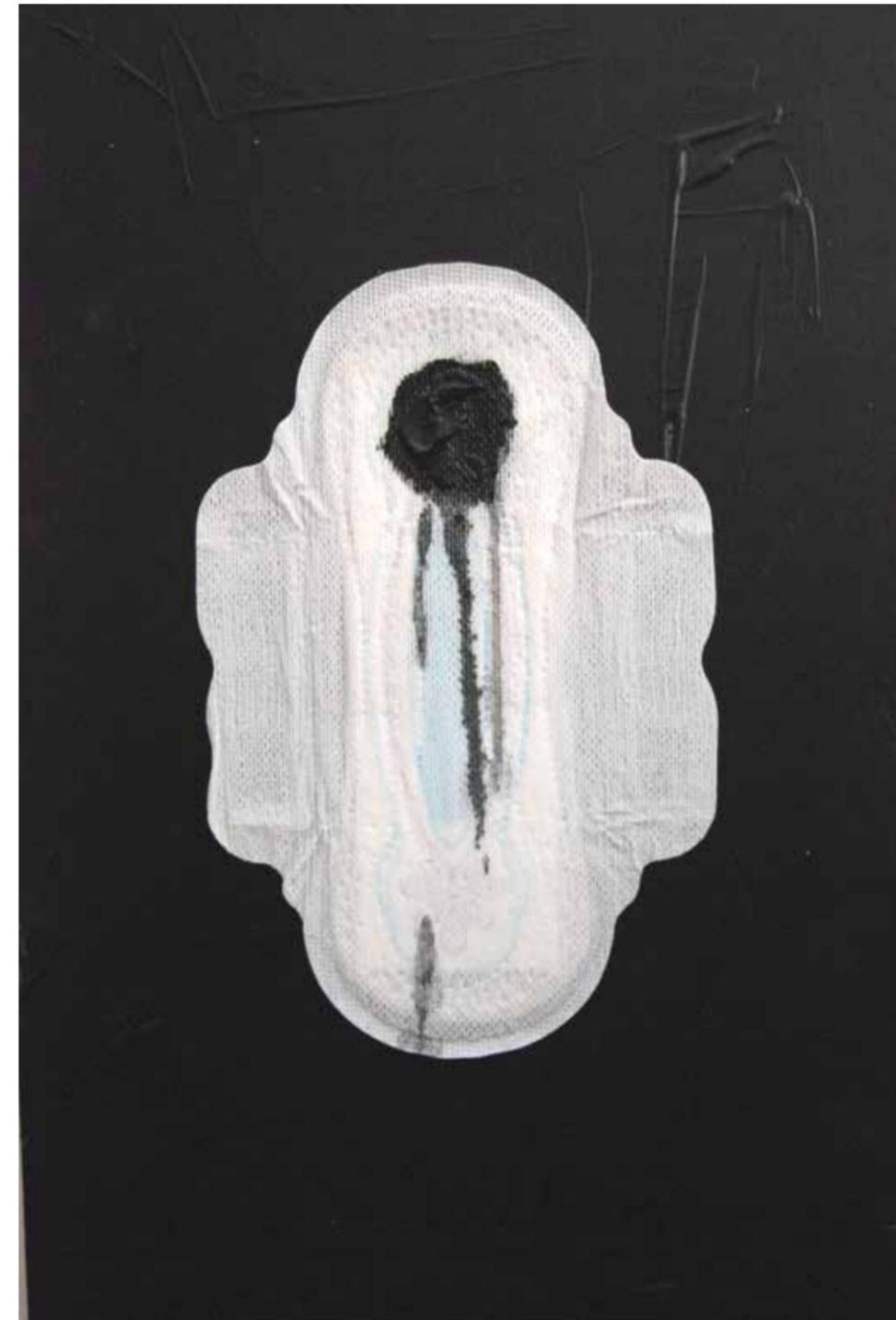
Deshalb bleibt im Sinne eines demokratischen Sozialismus ein klarer Forderungskatalog aufrecht: Kunst- und Kulturpässe für alle, Stipendien, freier Eintritt in die Museen und freie Hochschulzugänge, gratis Büchereibenutzung, Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes und pädagogische Aufklärungsarbeit und Staatsbürgerschaftskunde in Pflichtschulen. Gerade in der Bildungsfrage gilt es, das eigene Begehren zu prüfen und sich zu fragen ob z. B. Chancengleichheit in der Ausbildung zu akademischen PädagogInnen besteht oder ob es ein Recht auf freie Berufswahl gibt. Oder können nur noch Menschen, die es sich leisten können, den Beruf der/des Kindergärtner/in ergreifen, ins Museum, ins Theater gehen und Ausflüge machen, während die anderen taub rudern? Wenn da Musik ist, können wir nicht sicher sein, meint Slavoj Žižek.

Der Anfang von kapitalistischen Produktionsbedingungen wird seit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts und angesichts der Digitalisierung im 21. Jahrhundert nach wie vor dort angesetzt, wo die Maschine den Takt der körperlichen Bewegungen vorgibt und die Körper überwacht, bestraft und diszipliniert. Obwohl Maschinen gegenwärtig für uns alle arbeiten könnten, strukturieren wir unser Leben durch ein Gemisch aus Zeit und Geld. Soziale Politik muss sich daher mit allem Nachdruck die Frage stellen, ob das Bewusstsein – und also auch das richtige oder falsche Klassenbewusstsein – in der Monotonie des kapitalistischen Entfremdungsprozesses einfach eingeschlafen ist oder ob es überhaupt wach ist. War es eigentlich jemals wach? Oder der Traum und seine mythische Symbolisierung die einzige wirkliche Lösung aus der vorgegebenen neoliberalen und damit digitalen und kybernetischen Taktung? Sicherheit und Freiheit müssen daher im Sinne einer sozialen und demokratischen Politik immer wieder neu thematisiert und verhandelt werden. Braucht die Wahrheit die Figur oder die Figur die Wahrheit? Soziale

Politik muss sich also über diese körperlichen Dimensionen (und darüber, ob ich etwas verdiene oder Gehalt oder Lohn bekomme) und deren politische Implikationen Gedanken machen und darüber, was Demokratie ist UND was sie nicht ist. Das was man wa(h)r nimmt, existiert. 🍷

CLAUDIA UNGERSBÄCK

ist Künstlerin und Philosophin. Sie lebt und arbeitet in Wien. Weitere Infos online unter: www.claudiaungersbaeck.com.



Claudia Ungersbäck (2017) Figure,
mixed media on perspex
© Claudia Ungersbäck

Rudolf Hundstorfer: 1951–2019

Einer von uns



Rudolf Hundstorfer

© Wikimedia Commons

Mit Rudolf Hundstorfer verliert die sozialdemokratische Bewegung einen engagierten Mitstreiter, der jahrzehntelang das politische Geschehen in Österreich entscheidend mitprägte und dabei dennoch stets ein herzlicher Mensch mit Ecken und Kanten geblieben ist.

Die Nachricht vom überraschenden Tode Rudolf Hundstorfers löste tiefe Betroffenheit in ganz Österreich aus. Sein bedachtes und ausgleichendes Handeln sowie seine besondere menschliche Qualität wurde über alle Parteigrenzen

hinweg geschätzt. Auch die politischen Mitbewerber würdigten ihn als einen verlässlichen (Sozial-)Partner mit Handschlagqualität. Eine Eigenschaft, die sich wie der sprichwörtliche rote Faden durch Hundstorfers beeindruckende Laufbahn zieht. „Der Rudi hat sich immer eineg’haut für die Menschen. Das war seine DNA“, wird einer seiner Weggefährten zitiert. Österreich hat einen Ausnahmepolitiker verloren.

Seine politische Karriere begann Rudolf Hundstorfer in der Gewerkschaftsbewegung. Hundstorfer, damals als Bürokaufmann beim Magistrat der Stadt Wien beschäftigt, enga-

gierte sich seit den frühen 1970er Jahren in der damaligen Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG), welche heute den Namen *Younion* trägt. 2003 wurde er zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Ab dem Jahr 1990 war er zudem Mitglied des Wiener Gemeinderates und Landtages, ab dem Jahr 1995 auch Vorsitzender des Gemeinderates. „Der Rudi hatte die besondere Gabe, mit jedem leicht ins Gespräch zu kommen“, berichten viele seiner MitstreiterInnen aus Gewerkschaftskreisen. „Vom einfachen Arbeiter bis hin zu SpitzenpolitikerInnen, der Rudi hatte immer ein offenes Ohr für alle und wusste stets, wo den Menschen der Schuh drückte“. Ein Gewerkschafter mit Leib und Seele, ausgestattet mit einer ordentlichen Portion Wiener Schmah.

Eigenschaften, die ihm nicht zuletzt in der anspruchsvollen Rolle als oberster Krisenmanager des ÖGB zugutekamen, als im Jahr 2006 der Österreichische Gewerkschaftsbund von der größten Krise seiner langjährigen Geschichte erschüttert wurde. Im Zuge des BAWAG-Skandals und nach dem Rücktritt des damaligen Präsidenten Fritz Verzetnitsch wurde Rudolf Hundstorfer als neuer ÖGB-Präsident designiert. In Anbetracht der dramatischen Situation eine Herkulesaufgabe, die er bravourös meisterte. Mit großer Kraftanstrengung gelang es ihm, das havarierte Schiff wieder flott zu machen und auf Kurs zu bringen. Nach diesem Kraftakt ließ die nächste Herausforderung nicht lange auf sich warten. 2008 holte ihn der damalige Bundeskanzler Faymann als Sozialminister in die Bundesregierung. Eine Zeit, welche geprägt war von internationalen Banken Krisen und dem daraus resultierenden drohenden Zerfall der europäischen Gemeinschaftswährung.

„Dass Rudolf Hundstorfer ein Ausnahmepolitiker mit einem großen sozialen Herz war, sieht man daran, dass er unser bewährtes Sozialsystem selbst in der Zeit der schwierigen Krisenjahre stabil gehalten und sogar ausgebaut hat“, würdigte SPÖ-Bundesparteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner die Leistungen Hundstorfers. So fallen beispielsweise die Einführung des Pflegefonds, des Pensionskontos und neue Leistungen wie etwa die Pflegeteilzeit und Pflegekarenz in die Ära des Sozialministers Rudolf Hundstorfer. Maßnahmen, die heute zurecht als Meilensteine der Sozialpolitik gelten.

Auch in seiner Zeit als Sozialminister ließ er es sich nicht nehmen, engen Kontakt mit seinen MitstreiterInnen in der

Gewerkschaft zu halten, sofern dies mit dem dichten Terminplan eines Ministers in Einklang zu bringen war. So war er beispielsweise langjähriger Stammgast am Ball der Wiener Schulwarte im Haus der Begegnung in Wien-Liesing, wie die Veranstalter nicht ohne Stolz berichten.

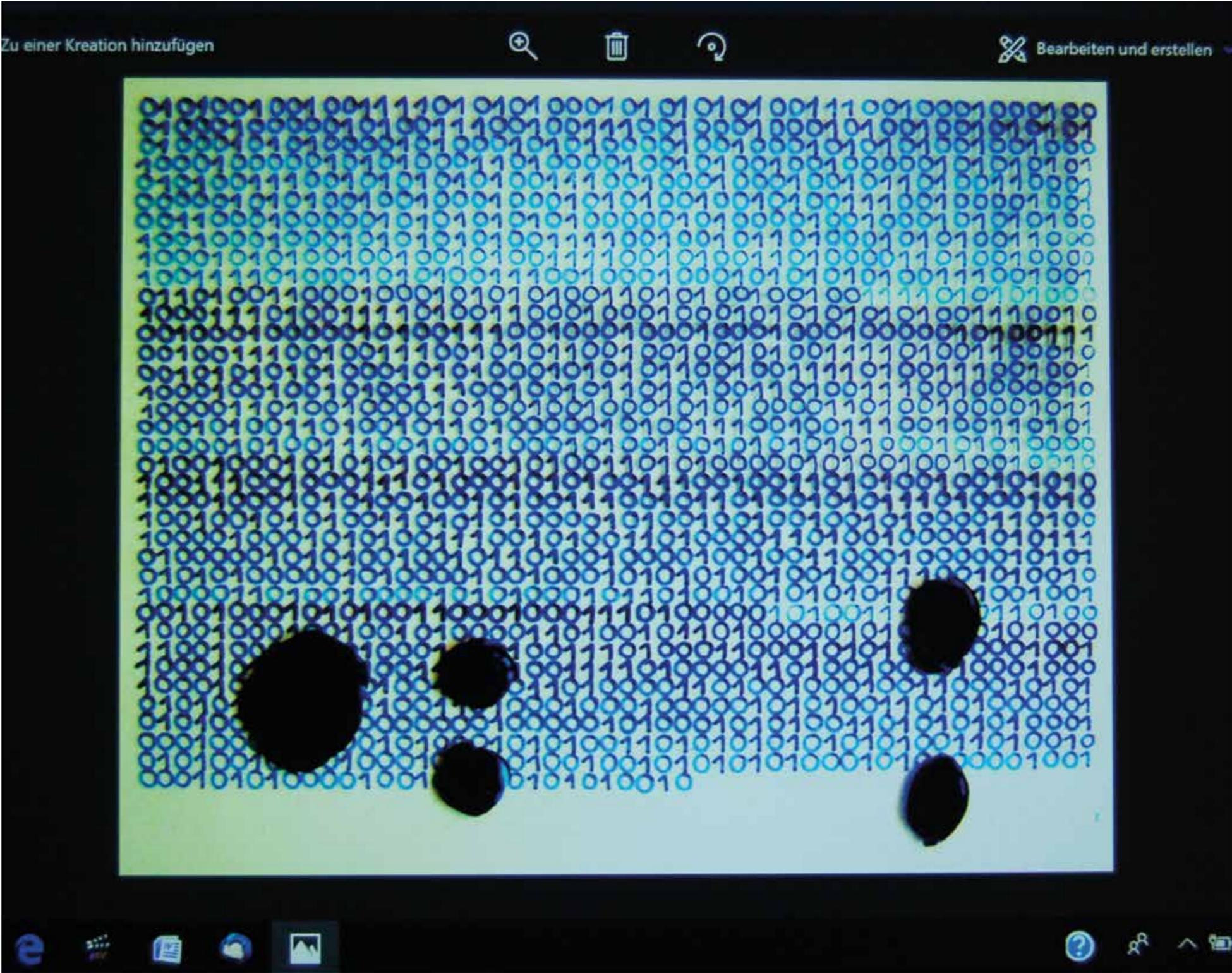
Mit seiner Frau Karin pflegte der Familienmensch Hundstorfer ein fixes tägliches Ritual – den abendlichen gemeinsamen Espresso, bei dem die Geschehnisse des Tages besprochen wurden. Neben seiner politischen Tätigkeit war der sportbegeisterte Hundstorfer auch langjähriger Präsident des Wiener Handballverbandes sowie, nach seinem Ausscheiden aus der Politik, auch Präsident der Bundes-Sportorganisation.

Sein Abgang vom politischen Parkett erfolgte bekanntlich als Konsequenz aus einem der wenigen Misserfolge seiner Laufbahn: Nachdem das Antreten bei der Bundespräsidentenwahl 2016 nicht von Erfolg gekrönt war, zog sich Hundstorfer aus der Spitzenpolitik zurück. Doch auch abseits des medialen Scheinwerferlichts blieb er seinem Credo treu, sich für die Schwächeren in der Gesellschaft zu engagieren – zuletzt etwa als Präsident der Wiener Volkshilfe.

Rudi, wir danken Dir und werden den Kampf für eine gerechte, soziale und demokratische Gesellschaft in Deinem Sinne weiterführen. Wir senden Dir ein letztes „Freundschaft“!

EMIL GOLDBERG

ist Öffentlichkeitsarbeiter und war u. a. für den SPÖ-Pressedienst und den ÖBB-Konzernbetriebsrat tätig. Weitere Infos online unter: www.twitter.com/emil_goldberg.



Claudia Ungersäck (2018) Dead goddess,
 digital print
 © Claudia Ungersäck

Hat die Sozialdemokratie eine ZUKUNFT?

Die ZUKUNFT hat **Lukas Mandl**, Abgeordneter zum Europäischen Parlament (ÖVP), gebeten an der parteiübergreifenden Diskussion zur Zukunft Österreichs und der SPÖ teilzunehmen. In seinem Beitrag hebt er aus einer sehr persönlichen Sicht die Leistungen von österreichischen SozialistInnen und GewerkschafterInnen hervor und präsentiert gleichzeitig kritische Argumente. Dabei wünscht er sich in trauernder Erinnerung an Rudolf Hundstorfer und daher im Sinne der Republik Österreich, dass wir die Zukunft Österreichs gemeinsam anpacken sollten ...



Rudolf Hundstorfer in der Wiener Stadthalle (2008)

© Wikimedia Commons

1. ABSCHIED VON EINEM ECHTEN SOZIALDEMOKRATEN ...

„Stets in den Dienst der Republik gestellt“ habe er sein politisches Leben, sagte Sebastian Kurz über Rudolf Hundstorfer, der kurz vor Erscheinen dieser Ausgabe der ZUKUNFT plötzlich und viel zu früh verstorben ist. „Große Verdienste in der Sozialpolitik erworben“ habe sich Rudolf Hundstorfer, so Kurz weiter.

Der Chefredakteur der Tageszeitung *Die Presse*, deren Vorläuferin namens *Neue Freie Presse* 1848 gegründet worden war,

Rainer Nowak, schrieb über Hundstorfer: „Der Mann verstand es wie wenige – der jüngst verstorbene Herbert Tumpel war da ähnlich – über die Parteigrenzen und unterschiedlichen Weltanschauungen hinaus, Kontakte zu pflegen und zu halten. Sich Empathie und Warmherzigkeit nach langer politischer Karriere zu behalten, ohne die notwendige politische Härte vermissen zu lassen, ist ein echtes Kunststück. Rudi Hundstorfer hatte vor allem ein Ausmaß an Schmach, wie Wiener den wahren emotionalen Humor nennen, der jeden Streit, jedes Gespräch und jeden Abend zu einem besonders Denkwürdigen machte.“

Als besonders wertvoll empfinde ich Einschätzungen von Menschen, die den Verstorbenen schon lange kennen – und schätzen! Einer von ihnen ist Walter Strobl, ehemaliger Volkspartei-Abgeordneter zum Wiener Landtag: „Du warst schon 1996, als wir uns im Landtag kennenlernten, ein Ausnahmepolitiker, ein Brückenbauer, einer der wusste, was er selbst wollte, aber immer anerkennende Worte und wertschätzende Worte für andere Meinungen gefunden hat“, postete Strobl auf *Facebook*.

Ebenda schrieb Gabriele Tamandl, ehemalige Volkspartei-Abgeordnete zum Nationalrat, Steuerexpertin und Sozialpolitikerin: „Der Rudi Hundstorfer war halt noch ein echter Sozialdemokrat mit Handschlag-Qualität und einer Mission. (...) Ich habe ihn immer sehr gemocht und seine lockere und ehrliche Art sehr geschätzt.“

#Mission, #Handschlagqualität, #wertschätzend, #anerkennend, #Brückenbauer, #Humor, #Schmach, #notwendige politische Härte, #Empathie, #Warmherzigkeit, #Verdienste, #Dienst, #Republik

Mein Tweet zum Ableben Hundstorfers liest sich so, weil ich es genauso in Erinnerung habe: „Einmal hatte ich mit ihm persönlich zu tun. Er war an der ÖGB-Spitze, ich in der Bundesjugendvertretung. Mich hat beeindruckt, wie genau er in die Themen eingearbeitet war. Danke für seine Arbeit für die Republik. Beileid seinen Angehörigen.“

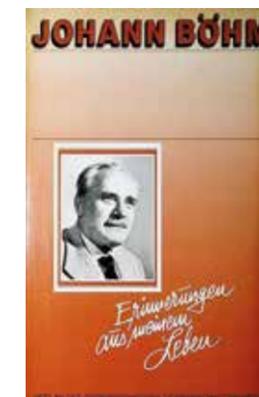
2. SCHLUSS MIT GEGENSEITIGEN VORURTEILEN

Dass Marcus Schober und Alessandro Barberi mich eingeladen haben, an dieser publizistischen Reflexion über die „künftige Rolle der SPÖ in der politischen Landschaft Österreichs“ mitzuwirken, freut mich ehrlich. Mein erster Impuls, der wohl dem Wunsch entspringt, manchen – gegenseitigen! – Vorurteilen in unserer politischen Landschaft zu begegnen, war, dass ich da einleitend persönlich werden möchte, sehr persönlich, und das mache ich, mit dieser Geschichte:

Als ich ein vorlauter Heranwachsender war hatte mein Vater bemerkt, dass ich mich mehr und mehr für Politik interessierte. Im Sinne eines weiten Horizonts und gedanklicher Freiheit schenkte er mir ein besonderes Buch. Zuerst ein paar Eckdaten zum Schenkenden:

Mein Vater ist nur insofern in privilegierten Verhältnissen aufgewachsen, als er als Halbweise ab dem Alter von drei Jahren das Privileg hatte, in einer Tante und seinem Vater zwei Erwachsene um sich zu wissen, die sich liebevoll und aufopfernd um den kleinen Harald gekümmert haben, ab dessen sechstem Lebensjahr in Kriegszeiten. Familiäre oder wirtschaftliche Privilegien gab es nicht. Mein Vater hat kein Universitätsstudium absolviert. Er war Zeit seines Berufslebens als Angestellter in der Privatwirtschaft. So haben meine Mutter und er eine schließlich siebenköpfige Familie aufgebaut. Die schriftstellerische Tätigkeit von Harald Mandl unter dem Pseudonym Matthias Mander brachte ihm später einen Ehrenprofessortitel ein, war aber nie sein Brotberuf und ist es auch heute nicht. Harald Mandl ist von Geburt an in Graz und Lebring aufgewachsen. Er ist der Enkelsohn eines Landwirte-Ehepaars aus Apače, Slowenien. Der Großvater war deutschsprachig und Überlieferungen zufolge das, was man einen „kreuzbraven“ Christen nennt (oder nannte), der

neben der Führung eines stattlichen landwirtschaftlichen Betriebs sowie der Erfüllung seiner Pflichten als Familienvater auch in der Feuerwehr aktiv war, teils als Feuerwehrkommandant. 1945 wurde dann die gesamte Familie vertrieben. Die betroffenen Mandls haben das als schlimmes Unrecht empfunden. Das war es wohl auch. Letztlich war man in diesem Mandl-Haushalt angewidert gewesen von Hitlers Machtergreifung und vom Nationalsozialismus, Überlieferungen zufolge. Aber angesichts der Gräueltaten, die Deutschsprachige über den gesamten Globus gebracht hatten, darf die Vertreibung von Deutschsprachigen nicht verwundern.



JOHANN BÖHM ERINNERUNGEN AUS MEINEM LEBEN

Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.
20,5 • 13 cm | Broschiert
230 Seiten | € 18,00
ISBN: 978-3703503054
Erscheinungstermin: 1986

Nun zu dem geschenkten Buch: Knapp ein halbes Jahrhundert später hat mein Vater, der – wie meine Mutter – nie Mitglied einer politischen Partei war, praktizierender Katholik ist und der Volkspartei nahesteht, wenn auch in einer die eigene Freiheit stets bewahrenden, typisch bürgerlichen, aber sehr wohlwollenden Distanz, mir, dem vorlauten Heranwachsenden, eine Autobiografie des gewerkschaftlichen Pioniers Johann Böhm geschenkt. Es sei wichtig für den Teenager Lukas, der sich anschickte, politisch das zu werden, was der gelernte Österreicher einen „Schwarzen“ nennt, zu verstehen, was die Sozialdemokratie für Staat und Gesellschaft geleistet hat, und welche lauterer Motive viele GenossInnen über rund ein Jahrhundert hinweg angetrieben hatten. Tatsächlich habe ich das Buch mit Interesse gelesen. Es hat mein Denken und mein Verständnis insofern beeinflusst, als ich mich noch heute an diese Sache erinnere, und an den Respekt, der mir das mutige Organisieren gewerkschaftlichen Engagements unter widrigen Umständen abgenötigt hat und bis heute abnötigt.

Diese Geschichte ist mir auch deshalb wichtig, weil uns

Schubladendenken – oder gut österreichisch: „Kastlendenken“ – nur insofern helfen kann, als wir stets annehmen dürfen, dass aus solchem Denken keine hilfreichen Einschätzungen resultieren.

Ein Beispiel: Kunst darf überzeichnen, wenn sie will, und macht uns auf diese Art vieles unübersehbar deutlich. So mag ich sehr die Liedchen von Christoph & Lollo, diese Balladen, die nichts und niemanden verschont lassen. Im Schmählied namens „Wahlkampfhymne ÖVP“, das vor etwa einem halben Jahrzehnt entstanden ist – nebst „Wahlkampfliedern“ für alle anderen Parlamentsparteien – kommt der bemerkenswerte Satz vor „Wer wuchs in Villen und Schlössern heran? ... Das sind wir von der ÖVP!“ Freilich ist das nicht die einzige „Watschn“ für einen „Schwarzen“ in diesem Lied. Aber speziell bei diesem Satz über die „Villen und Schlösser“ muss ich immer schmunzeln, weil er so ein absurder Kontrast zu den Realitäten meines Lebens und jenen fast aller anderen ÖVPler ist. Sie alle und auch ich – wir sind waschechte ÖVPler, und verstehen das positiv.

Es wird jeder und jedem klar sein, dass es bei Christoph & Lollo zweifellos um eine Botschaft geht, dass diese aber in die Ironie eines Schmähliedes verpackt ist. Das soll heißen: Vermutlich würde in einer sachlichen politischen Auseinandersetzung niemand behaupten, ÖVPler seien „in Villen und Schlössern herangewachsen“. Aber vielleicht gibt es dennoch manches Vorurteil, das den politischen Diskurs so schwierig macht, weil man nicht den Menschen wahrnimmt, sondern die Schublade, in der man ihn politisch verortet; und weil man dann dem Menschen nicht den guten Willen unterstellt, durch politische Arbeit die Welt ein Stückchen besser zu machen, sondern den ungunstigen Willen, zuerst der jeweiligen Partei oder der eigenen Karriere zu dienen.

Ganz klar gibt es solche Vorurteile nicht nur seitens der ProponentInnen der SPÖ gegenüber beispielsweise – und speziell – solchen von der ÖVP, sondern auch umgekehrt, was ich nicht gutheiße, und überhaupt in der heimischen politischen Landschaft, MedienvertreterInnen inklusive.

Meine Einladung ist daher: Diskutieren wir doch, was wirklich ist! Das ist hart genug. (Auch Nowak schrieb ja von der „notwendigen politischen Härte“.) Wir müssen uns gegenseitig und damit Land und Leuten nicht noch extra Vorurteile und realitätsferne Unterstellungen in den Weg stellen!

3. EUROPA IST BEREITS EINE „SOZIALE DEMOKRATIE“ IM SINNE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Der Gedanke, der sich mir als erster und größter aufdrängt, wenn es um die Frage des zukünftigen Auftrags einer sozialdemokratischen Partei geht, ist jener, dass ganz Europa – oder jedenfalls die Europäische Union – das ist, was man als „soziale Demokratie“ bezeichnen muss. Bitte halten wir diesen Gedanken kurz fest. Wir sollten ihn weder als selbstverständlich achselzuckend abhaken noch als absurd ablehnen. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Fast die Hälfte der staatlichen Sozialleistungen auf dieser Welt zahlen EuropäerInnen an EuropäerInnen! Dabei sind wir nicht einmal sieben Prozent der Weltbevölkerung. Mehr als 93 Prozent der Menschen auf dieser Welt müssen mit der anderen guten Hälfte an Sozialleistungen auskommen.

Hier könnten wir die Spur aufnehmen, um einen Auftrag europäischer (nicht nur sozialdemokratischer) Politik in Gegenwart und Zukunft aufzuspüren: nämlich anderen Teilen der Welt dabei zur Seite zu stehen, ebenfalls Wachstum und Wohlstand, Chancen durch Bildung und Arbeit, Lebensqualität durch Gesundheitssysteme und eine intakte Umwelt, zu erreichen. (Das wäre übrigens keineswegs altruistisch. Es ist in unserem ureigensten Interesse, dass andere Teile der Welt Stabilität und Aufstieg schaffen und als Grundlagen dafür Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, aber dazu unten mehr.)

Wie haben wir das in Europa geschafft? Hand aufs Herz: Durch Marktwirtschaft, durch Innovation und Produktion, durch Leistung und viele Menschen, die in Bildung und Arbeit mehr wollten und wollen, mehr geschafft haben und mehr schaffen. Dass diese Menschen – die heutigen und zukünftigen EuropäerInnen – in Freiheit und Frieden leben können, dass es in Zukunft immer mehr Anreize gibt, mehr zu wollen und mehr zu schaffen, dass die soziale Sicherheit dabei ein Markenzeichen Europas bleibt, ist unser aller Aufgabe innerhalb Europas.

Die Europäische Union darf aber nicht nur eine „soziale Demokratie“ sein, die sie in fettem Ausmaß ist. Sie muss auch eine „liberale Demokratie“ sein. Dieses Modell ist heute beängstigenden Infragestellungen ausgesetzt, es werden sogar mitten in Europa Gegenmodelle entwickelt und versucht. Unmittelbar mit dem Modell der liberalen Demokratie verbunden ist die Rechtsstaatlichkeit, die Rechtssicherheit für jede und jeden gewährleisten muss. Auch die Rechtsstaatlich-

keit muss ein Markenzeichen Europas sein, ein stets einzuhaltendes Versprechen nach innen: an die europäischen BürgerInnen; und nach außen: als Beitrag Europas in anderen Teilen der Welt. Auch deshalb: Wachstum und Wohlstand, Arbeitsplätze und Bildungschancen, entstehen durch Investitionen. Investitionen fließen aber nur, wenn es Rechtssicherheit gibt.

Auch für die liberale Demokratie tut sich ein breites Aufgabenfeld für (nicht nur sozialdemokratische) politische Kräfte in ganz Europa auf. Aber man darf nicht naiv sein: Der Begriff der Freiheit, der in jenem der liberalen Demokratie zum Ausdruck kommt, ist nicht immer bequem, schon gar nicht für politische Kräfte mit einem gewissen Glauben an Interventionismus. Freiheit bedeutet Meinungs- und Pressefreiheit, Gewissens- und Religionsfreiheit. Freiheit bedeutet Vertragsfreiheit und Marktwirtschaft; und was die Wirtschaftswissenschaft „freedom of choice“ nennt, also die Möglichkeit für jede und jeden, aus verschiedenen Angeboten zu wählen, was die Angebote – durch die Qualität, die durch Wettbewerb steigt – besser macht. Wer den Vorteil hat, in einer liberalen Demokratie zu leben, kann und soll die eigene Meinung mit der eigenen Identität verbinden und vertreten. Dass sich niemand verstecken muss, ist eine nicht zu unterschätzende Errungenschaft. Wer unter falschem Namen durch verbale Angriffe das gesellschaftliche Klima vergiftet, gefährdet die liberale Demokratie. Das sollte in der Diskussion über eine Klarnamenpflicht nüchtern reflektiert werden.

Und schließlich sollte die Europäische Union neben der „sozialen Demokratie“ und der „liberalen Demokratie“ auch eine „idealistische Demokratie“ sein. – Ja, es gibt europäische Ideale und Werte, die es wert sind, weltweit verteidigt zu werden. Aus dem jüdisch-christlichen Erbe, welches das Ideal der Gleichwertigkeit jedes Menschen in die Welt gebracht hat, resultiert das Zeitalter der Aufklärung, welches Evidenz und Wissenschaftlichkeit ihren herausragenden Platz eingeräumt und den Weg zu Bürgerrechten, Freiheiten und letztlich Demokratie geebnet hat.

Wir müssen uns bewusst machen: Diese Ideale sind nicht nur „born and raised in Europe“, sie wurden auch nirgendwo so sehr mit Füßen getreten wie in Europa; und von Menschen aus keinem anderen Teil der Welt so grausam missachtet wie von EuropäerInnen. Wir in Europa haben also allen Grund, uns vor jeder Hybris fernzuhalten. Wir dürfen nicht überheblich werden. Aber es kann für die Zukunft unser Selbstverständnis bereichern, dass wir auf der Welt etwas beizutragen

haben. Denn Menschenwürde und Freiheitsrechte werden in anderen Teilen der Welt bei Weitem nicht so sehr gelebt wie in Europa, in manchen quasi gar nicht. Es kann und muss eine Rolle Europas sein, die Attraktivität dieser Ideale auch in anderen Teilen der Welt verständlich zu machen, und im Interesse von Milliarden Menschen für Systeme einzutreten, die diese Ideale berücksichtigen – nicht interventionistisch, sondern durch Anreize. Auch hier tut sich ein weites Feld für (nicht nur sozialdemokratische) Politik auf.



Deklaration der Menschenrechte von 1789
© Wikimedia Commons

4. MANCHE KRITIKPUNKTE HALTEN SICH HARTNÄCKIG

Bevor ich darauf eingehe, welche historischen Leistungen meiner Ansicht nach der Sozialdemokratie positiv anzurechnen sind, ja was man sogar als Geschenk der Sozialdemokratie für die politische Kultur insgesamt sehen kann, wo die SPÖ also anknüpfen könnte und welche Linien zu verfolgen sich meines Erachtens lohnen würde, möchte ich die Gelegenheit, die mir durch diese Einladung zur Mitwirkung an dieser Ausgabe der ZUKUNFT geschenkt ist, für konstruktives Feedback

nützen, oder zumindest anhand dreier Beispiele – „Partei vor Land“, *Dirty Campaigning* und Selbstgerechtigkeit – für ein authentisches Bild dessen sorgen, welche Kritikpunkte an der SPÖ sich hartnäckig halten, sich also vermutlich bisher nicht gänzlich widerlegen haben lassen. (Da ich selbst Mitglied einer politischen Partei bin, lege ich Wert auf die Feststellung, dass es „die SPÖ“ als Akteurin in der dritten Person Singular in der Realität freilich nicht gibt. Eine lebendige politische Partei hat hintereinander – und manchmal gleichzeitig – viele verschiedene Facetten, glücklicherweise; nicht unbedingt verschiedene Standpunkte, aber jedenfalls verschiedene Schwerpunkte. Der Einfachheit halber erlaube ich mir von „der SPÖ“ zu schreiben, wie es sonst allenthalben in Medien geschieht. Außerdem vermeide ich so Angriffe *ad hominem*, die hier keinen Platz haben sollen.)

Dass für sie im Zweifel „Partei vor Land“ gelte, wird der SPÖ immer wieder unterstellt. Zwei Beispiele: Das gilt im Hinblick auf die Gegenwart, wenn wir etwa das Misstrauensvotum gegen die gesamte (!) Bundesregierung im Frühjahr 2019 bedenken, das man sachlich nicht begründen kann, das Österreich europapolitisch ins Out gestellt und damit dem Land wirklich geschadet hat. Dass die gesamte Aktion der SPÖ parteipolitisch eher Nachteile gebracht als genützt hat, zeugt zwar von einem gewissen Gerechtigkeitsinn in der Bevölkerung, war von der SPÖ aber wohl anders intendiert. Kritik dieser Art ist auch im Hinblick auf die jüngere Zeitgeschichte nicht ganz von der Hand zu weisen, wenn man etwa an die initiative und unterstützende Rolle der SPÖ bei den Sanktionen gegen Österreichs Bundesregierung im Jahr 2000 denkt. Auch hier gilt, dass die SPÖ sich damit mehr geschadet als genützt hat. Aber man konnte klar die Absicht erkennen.

Dass die SPÖ, besonders wenn sie sich in einer schlechten Wettbewerbssituation wähnt, nicht vor *Dirty Campaigning* zurückschreckt, ist ein anderer solcher Kritikpunkt. Billige Polemiken wie „Hier fliegt ihre Pensionserhöhung“ mit der Abbildung von Bundesheer-Flugzeugen im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts waren da noch Kleinigkeiten im Vergleich zu dem, was als „Pflegeskanal im Hause Schüssel“ damals herbeifabuliert wurde. Den bisherigen Höhepunkt hat das *Dirty Campaigning* der SPÖ im Herbst 2017 erreicht, als eine nie dagewesene Menge an politischen Schmutzkübeln über den politischen Wettbewerb und damit über Österreich entleert wurde. Gerade angesichts des Respekts, den ich – wie weiter oben und weiter unten dargestellt – aus guten Gründen für die Sozialdemokratie hege, hat es mir weh getan, die-

se Tiefpunkte zu erleben, und unser Land das erdulden sehen zu müssen.

Ich bin damals für eine gesellschaftliche Aufarbeitung dieses mannigfaltigen Skandals eingetreten, und zwar im Sinne der politischen Hygiene und der Vermeidung solcher Entwicklungen in der Zukunft. Aber die politischen Prioritäten, die sich nach der Nationalratswahl 2017 gestellt haben, beanspruchten wohl so viel Zeit und Energie, dass eine solche Aufarbeitung nie stattgefunden hat. Das gilt auch für meinen eigenen *Work Flow*. Wer weiß? Vielleicht wären wir im politischen Klima heute schon weiter, wäre das aufgearbeitet worden. Was wir im Vorwahlkampf 2019 erlebt haben, war etwa ein Dosenschießen bei einem SPÖ-Fest mit Dosen, die Bilder von ProponentInnen des politischen Mitbewerbs zeigten. Derlei sollte wirklich in der Vergangenheit verbannt bleiben. Die allermeisten Menschen schätzen solche Aktionen nicht, das gilt auch für die allermeisten SPÖ-nahen Menschen. Man stelle sich nur den Aufschrei der SPÖ vor, hätte eine beliebige andere Partei eine solche Aktion gesetzt. Oder: Die Aggressionen der SPÖ Langenzersdorf auf *Facebook*, die regelmäßig bundesweit Aufmerksamkeit bekommen, schaden der politischen Kultur. Überhaupt darf als Faustregel gelten: Aggressive Politik ist nie gute Politik. Kann sich jemand Rudolf Hundstorfer wutentbrannt-aggressiv, unversöhnlich und mit dem sprichwörtlichen „Schaum vor dem Mund“ vorstellen? Ich nicht. Negative Emotionen führen zu negativen Ergebnissen und können viel zerstören.

Schließlich kann die SPÖ den Eindruck einer gewissen Selbstgerechtigkeit nicht vermeiden. Man hat den Eindruck, es gilt die Einstellung, weil es die SPÖ gemacht hat oder macht, muss es richtig sein, auch wenn es in Wahrheit falsch war oder ist. Wenn es sonst jemand macht, muss es falsch sein, auch wenn es in Wahrheit richtig ist. Klar kann man solche Allüren in allen Parteien vorfinden, das lässt sich bei Parteien mit einer gewissen inneren Kohäsion nicht vollständig vermeiden. Aber bei der SPÖ scheint es System zu haben und Programm zu sein. Ich habe den bisher letzten SPÖ-Bundeskanzler noch im Ohr, der sinngemäß gesagt hat, die SPÖ sei historisch immer (!) richtig gelegen. – Nun, das kann einfach keine politische Kraft, die schon seit mehr als ein paar Tagen aktiv ist, von sich behaupten. Das ist unredlich. Aus dieser manchmal allzu selbstgerechten Haltung resultieren etwa Polemiken und Herabwürdigungen gegen den politischen Wettbewerb, eine manchmal atemberaubend ungeniert interventionistische Haltung gegenüber unabhängigen Medien, und

– was der SPÖ selbst nachhaltig vielleicht am meisten schadet – eine Fehlsichtigkeit im Hinblick auf Vorschläge aus anderen Parteien, oder etwa aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, sowie auf die tatsächlichen Herausforderungen und Bewältigungsstrategien für Land und Leute. Ja, ich habe besonders durch meine langjährige kommunalpolitische Tätigkeit den Eindruck, dass die Selbstgerechtigkeit in Machtpositionen sogar etwas verdrängt, das – wohl vielfach fälschlich – für ein Wesensmerkmal der SPÖ gehalten wird: nämlich ideologische Überzeugungen. Das betrifft etwa den Umgang mit Minderheiten vor Ort, lokal.

5. „SOLIDARISCHE HOCHLEISTUNGSGESELLSCHAFT“ (COPYRIGHT: ALFRED GUSENBAUER) UND DANKBARKEIT ...

Ich bin gerade schon alt genug und ausreichend lange politisch interessiert, um mich noch an den Moment zu erinnern, als die SPÖ ihren Namen von „Sozialistische Partei“ in „Sozialdemokratische Partei“ geändert hat. Ich war ein Unterstufenschüler. Und ich denke, dass die SPÖ unter der Führung von Franz Vranitzky damals in Worten vermittelt hat, dass sie eine Vorstellung von ihrer zukünftigen Rolle hat. Die Bedeutung von Franz Vranitzky für die SPÖ und maßgeblich für die Entwicklung Österreichs in den vergangenen drei Jahrzehnten ist in drei weiteren Punkten nicht zu unterschätzen.



Kabinett Vranitzky II
© BKA/BPD

Zwei Punkte möchte ich als positiv hervorstreichen, sie gehören zu den meines Erachtens lohnenden Anknüpfungspunkten für die zukünftige SPÖ. Einen dritten Punkt sehe ich kritisch:

Die beiden Punkte, in denen die Vranitzky-SPÖ Österreich wertvolle Dienste erwiesen hat, sind die europäische Integration und die Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Es war Vranitzky, der die SPÖ auf einen pro-europäischen Kurs eingeschworen hat. Hätte er diese Mammutaufgabe nicht bewältigt, wäre Österreich heute arm dran. Und es war Vranitzky, der als Regierungschef klare Worte zur Täterschaft vieler ÖsterreicherInnen im nationalsozialistischen Verbrecherstaat gefunden hat. Ich kann und will zu beiden Punkten nur das Wort „Dankbarkeit“ verwenden, weil es mein Gefühl authentisch zum Ausdruck bringt. In beiden Bereichen hat Vranitzky positive Tatsachen geschaffen, hinter die wir kaum zurückfallen können.

Zum dritten Punkt; jenem, den ich kritisch sehe, sei gesagt: Eines der nächsten politischen Bücher, die ich als Teenager nach dem oben erwähnten des großen Gewerkschafters Johann Böhm gelesen habe, war „Der Haider-Macher“ aus der Feder des viel zu früh verstorbenen politischen Journalisten, scharfsinnigen Kommentators und Profil-Herausgebers Hubertus Czernin. Das Buch versucht, nachzuweisen, dass der Justament-Standpunkt, der als „Vranitzky-Doktrin“ in die Geschichte eingehen kann, dass die SPÖ mit der FPÖ, wie sie sich seit Haider darstellt, unter keinen Umständen koalitiert, Haider erst groß gemacht hat (und letztlich grundlegend ist für die FPÖ in Art und Größe, wie wir sie mehr oder weniger seit 1986 in Österreich haben).



CZERNIN, HUBERTUS
DER HAIDER-MACHER.
Wien: Ibra & Molden.
12,5 • 20,5 cm | Hardcover SU
216 Seiten | € 18,00
ISBN: 978-3-900436-41-4
Erscheinungstermin: 1997

Ich teile diese These. Und sie lässt sich weiterentwickeln auf die Phasen der FPÖ auch nach Haider. *Quod erat demonstrandum*: Die FPÖ fährt stets dann eher moderate Wahlergebnisse ein, wenn sie sich in Regierungsverantwortung beweisen muss und daher jede und jeder sich ein Bild davon machen kann, in welchem Verhältnis Ankündigung und Umsetzung

stehen. Es haben ja fast alle Nachfolger von Vranitzky an der SPÖ-Spitze mit der Vranitzky-Doktrin gehadert, von Gusenbauers „Spargel-Essen“ mit Haider bis zu Kerns Avancen.

Vranitzkys Politik für Europa und für Erinnerungskultur verdienen aber im wahrsten Sinn des Wortes das Prädikat „staatstragend“. Derlei wünsche ich mir von der SPÖ, nicht nur als Övpler oder Politiker, sondern als Staatsbürger und Familienvater. Im großen Stil hat der vielfach unterschätzte Ausnahmepolitiker Tony Blair die Tür zu einer zukünftigen sozialdemokratischen Politik aufgestoßen. Er hat unter dem Schlagwort „New Labour“ eine Politik für arbeitende Menschen skizziert, die den Bedingungen des neuen Jahrhunderts gerecht werden könnte. Denn der Klassenkampf zerstört, statt zu verbinden und aufzubauen, und ist damit historisch falsifiziert. Er findet damit in der Wirklichkeit der Europäischen Union als „soziale Demokratie“ keine Grundlage.

Der in seinem visionären und inhaltlichen Horizont ebenfalls unterschätzte Alfred Gusenbauer hat die Zukunft, die er sich für Österreich wünschte, mit dem großen – und schönen! – Wort von der „solidarischen Hochleistungsgesellschaft“ skizziert. Gusenbauer kann als der österreichische Tony Blair gelten, finde ich. Innerparteilich gestolpert ist Gusenbauer über die leicht zur als verletzend wahrgenommenen Polemik neigenden Ironie, was wohl stets als Gefahr für intelligente Menschen in der Politik gelten kann. Der Grat ist schmal.

Wenn ich mir eine Empfehlung an die SPÖ erlauben darf, dann ist das jene, an die so formulierte Vision Gusenbauers von der „solidarischen Hochleistungsgesellschaft“ anzuknüpfen. Das hat Fantasie. Und ZUKUNFT!

Das wird sich meiner Meinung nach nicht ohne die Schlachtung einiger politischer „heiliger Kühe“ realisieren lassen. Zu diesen gehören Staatsgläubigkeit, daraus resultierender Staatsinterventionismus, und ein defizitäres Menschenbild. Ich beginne mit Letzterem, um gleich einem möglichen Missverständnis angesichts dieses harten Wortes vorzubeugen: Der Mensch ist ein Beziehungswesen. Wir sind aufeinander bezogen. Wir brauchen einander, ganz dringend, von Mutterleib und Kindesbeinen an. Wir sind auf die Fürsorge in der Familie genauso angewiesen wie auf die arbeitsteilige Wirtschaft und friedliche Verhältnisse, am besten global. Der Mensch kann zum Opfer werden, aber er ist nicht von vornherein Opfer. Er ist auch nicht von vornherein Betroffener wovon auch immer, sondern wir dürfen uns selbst und

alle Mitmenschen als Beteiligte sehen; als mit Kreativität und somit Potenzial zu einem eigenen Beitrag zum gemeinsamen Gesamten ausgestattete Persönlichkeiten.

Politik – also staatliches Handeln – muss Menschen schützen, Sicherheit bieten; aber Menschen brauchen und verdienen auch Ermutigung und im schönsten Sinne die Ermächtigung, ihres Glückes Schmied zu sein; das heißt: die Freiheit, sich zu entfalten! – Vielleicht ist dieses Ideal gar nicht so weit entfernt von den ursprünglichen Motiven der Arbeiterbewegung. In der Realität der SPÖ-Politik finde ich es ehrlich gesagt heute nicht, und das liegt nicht nur an der „Ich hole mir, was mir zusteht“ Kampagne, die mir ehrlich gesagt intellektuelle Schmerzen bereitet hat, sofern es so etwas gibt. Darf ich mir etwas wünschen? Versuchen wir doch gemeinsam, dem positiven Menschenbild, das in dem bekannten Zitat des (demokratischen!) US-Präsidenten John F. Kennedy „Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann. Frage, was Du für Dein Land tun kannst!“ zum Ausdruck kommt, etwas abzugewinnen!



John F. Kennedy quote “Ask not what your country can do for you”
© Wikimedia Commons

Staatliches Handeln ist wichtig. Es ist sogar essenziell. Und es ist legitim, wenn es demokratisch legitimiert ist sowie parlamentarischer und rechtsstaatlicher Kontrolle unterliegt. Staatliches Handeln kann aber nicht die Lösungen aller Probleme herbeiführen. Vielmehr muss staatliches Handeln sicherstellen, dass Menschen die Freiheit haben, vernetzt und interaktiv, solidarisch und kreativ, selbst Lösungen für Probleme zu entwickeln und zu verwirklichen, und an vielen Stellen an einer besseren Welt zu bauen. Eine staatliche Regulierung kann helfen, sie kann aber auch schaden. Regulierung ist an sich wertneutral. Wenn ich mir hier von der SPÖ etwas wünschen

darf – als Staatsbürger! – dann ist das, an die Stelle einer Staatsgläubigkeit, die manchmal ein Automatismus zu sein scheint, die Internalisierung des Montesquieu’schen Grundsatzes, der meine liberale Haltung zum Ausdruck bringt, zu versuchen: „Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es nötig, kein Gesetz zu machen!“

Wenn staatliche AkteurInnen versuchen, die verschiedenen Ebenen des Staates zu den Lösungsinstanzen aller Probleme zu machen, dann nehmen sie Menschen Freiheit, Spielräume, Chancen; vielleicht ohne es zu bemerken, in gutem Glauben („Staatsgläubigkeit“ eben). Das führt dann zur Intervention staatlicher Organe in zahlreiche Lebensbereiche, in denen sie nichts verbessern können, aber vieles verschlechtern; und: Geld kosten! Staatsinterventionismus schadet doppelt: er nimmt Freiheiten und bedeutet die Vergeudung von hart erarbeitetem Steuergeld. Mein dritter staatsbürgerlicher Wunsch an die sprichwörtliche „SPÖ-Fee“ ist, gemeinsam auszuloten, welche Aufgaben wirklich staatliche sind, wo der Staat sogar viel mehr Exzellenz entwickeln muss, und wo weniger Staatsintervention gut wäre – auch und gerade im Sinne der arbeitenden Menschen.

Vor jedem staatlichen Handeln steht gute Nachbarschaft zwischen Menschen!

6. DIE SPÖ ALS FUNKTIONALER FAKTOR

Dieser Text ist nicht gerade ein Liebesbrief an die SPÖ. Aber ich hoffe, man merkt ihm jenen Respekt an, den ich auch und gerade für die SPÖ als große politische Mitbewerberin empfinde. So sehr ich manches für inhaltlich falsch halte, mich manche Aggression oder gar Bosheit anwidert und abstößt; so wichtig ist es mir, festzuhalten, was die SPÖ meines Erachtens inhaltlich und methodisch funktional und positiv für Österreich und seine politische Kultur an Verdiensten erworben hat.

Die SPÖ hat in der länger zurückliegenden Zeitgeschichte vor allen anderen die Internationalität in die Politikrealität gebracht (wenn auch mit manchen ideologischen Einseitigkeiten). Die SPÖ hat früh vorgelebt, dass inhaltliche und grundsätzliche Reflexion, dass Diskurs auch in geschriebener Form, grundlegende intellektuelle Voraussetzungen für praktische Politik sind. Dafür legt nicht zuletzt die vorliegende Ausgabe der ZUKUNFT Zeugnis ab. Und ganz persönlich: Kreiskys Schulbuchaktion hat beispielsweise meinen vier Geschwistern

und mir als Kinder eines Alleinverdienerhaushalts sicher geholfen. Dass Vranitzkys staatstragende Aktivitäten meine Position als Österreicher auf dieser Welt verbessert haben, habe ich oben schon ausgeführt.

Als Politiker erwähne ich noch: Als ich eine Initiative für die Qualität von Politik ins Leben gerufen habe, waren und sind genauso Abgeordnete der SPÖ unter den ehrlich Mitwirkenden beim alljährlichen Unterfangen, mit VertreterInnen möglichst aller Parteien einen gemeinsamen Gottesdienst im Hinblick auf die bemerkenswerten – und von der katholischen Kirche seliggesprochene – Sozialpolitikerin Hildegard Burjan zu feiern. Und mit dem Start der neuen Periode im Europa-Parlament erhoffe ich mir viel mehr Koordination der 18 österreichischen Abgeordneten; über Parteigrenzen hinweg. Auch hier gehört die SPÖ-Delegation im Europa-Parlament aus guten Gründen zu den Faktoren, die meine Hoffnung nähren.

Bei gutem Willen gibt es parlamentarische Zusammenarbeit, die für Land und Leute sinnvoll ist. Es muss nicht immer gleich eine Koalition sein!

7. CONCLUSIO: WIE WERDEN UNSERE ANTWORTEN LAUTEN?

Anhand der politischen Aktivitäten historischer SPÖ-Persönlichkeiten, die in Ehren zu halten Österreich gut ansteht, habe ich versucht, aufzuzeigen, wo meines Erachtens Anknüpfungspunkte für eine zukunftsorientierte SPÖ-Politik liegen könnten. Dass die SPÖ auch in der Gegenwart – und für die Zukunft! – über Persönlichkeiten verfügt, die den Menschen und der Republik dienen können – mit einem steten Vorzug für das Staatsganze gegenüber dem Parteiinteresse – zeigt diese Ausgabe der ZUKUNFT, deren Redakteur Alessandro Barberi gemeinsam mit Marcus Schober erstaunlichen Mut und beachtliche Offenheit beweisen, indem sie einen „türkischen Schwarzen“ wie mich zu einem Beitrag eingeladen haben. Ich hoffe, sie mit der Offenheit meinerseits nicht zu enttäuschen oder gar zu verletzen; vielmehr will ich die Hand ausstrecken zum Dialog über die Einladungen, Empfehlungen und Wünsche in diesem Text; und über alles, worüber zukunftsorientierte Kräfte in der SPÖ reden wollen.

Andererseits: Würden alle Einladungen in diesem Text angenommen, würden alle Empfehlungen umgesetzt und alle Wünsche an die SPÖ in Erfüllung gehen, dann wäre die SPÖ ja

fast schon die ÖVP. – Dieser Hinweis ist nicht ganz ernst gemeint, sondern humorvoll, wie befreundete Menschen eben miteinander scherzen. Auch das macht uns zu Menschen. Das dürfen und sollen wir auch sein, und zwar in dem Bewusstsein, dass wir die jüngsten in einer langen Menschheitsgeschichte sind, die nicht nur im Zeitalter der meisten Chancen leben dürfen, sondern auf einem großen Planeten auch noch in der Weltregion mit den größten Chancen. Daraus resultiert Verantwortung, sehr viel Verantwortung. In diesem Wort steckt das „Antworten“.

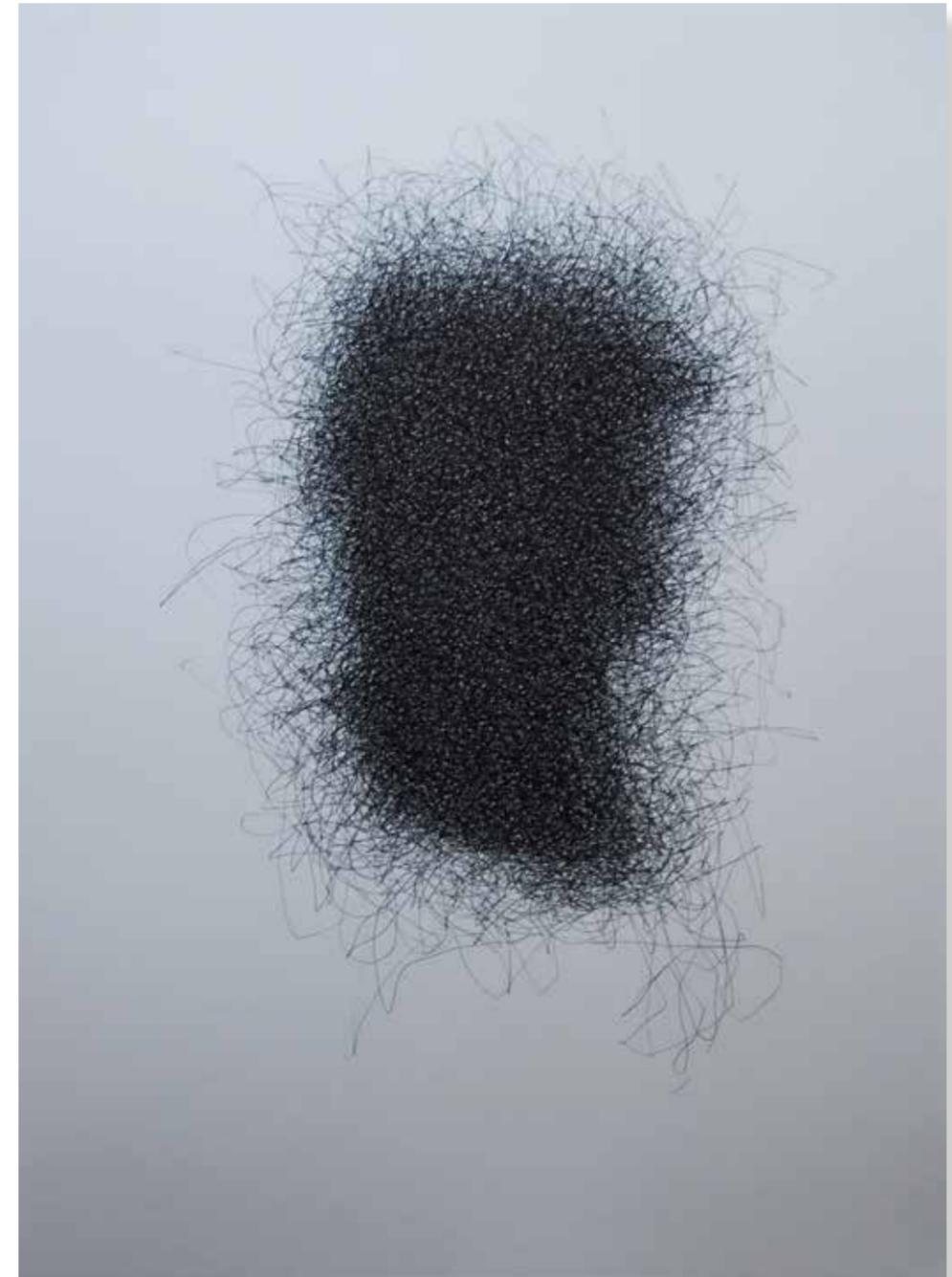
Zukünftige Generationen und wer sonst beurteilen wird, was wir tun und lassen, wird an unseren Antworten höchstwahrscheinlich nicht interessieren, dass dies oder jenes so oder anders war, „weil ich bei der ÖVP war“, wie ich es dann sagen würde; oder „weil ich bei der SPÖ war“, wie SozialdemokratInnen es sagen müssten. Interessieren wird, mit welchem Bemühen wir welchen Beitrag für den Menschen und seinen Planeten geleistet haben werden.

Also packen wir's gemeinsam an!



LUKAS MANDL

ist Kommunikationswissenschaftler und Abgeordneter zum Europäischen Parlament (ÖVP). Weitere Infos online unter: www.lukasmandl.eu.



Claudia Ungersbäck (2018) GesTrues
pen on paper
© Claudia Ungersbäck

Wer ist Österreich? Baustellen der Kunstpolitik

Der Zeit ihre Kunst, der Kunst ihre Freiheit? Die sozioökonomischen Abhängigkeiten und die Exklusivität des (neoliberalen) Kunstmarkts sind oft diskutierte Tatbestände (in) der österreichischen Gesellschaft. Wie sieht es aber derzeit mit der Kulturnation Österreich in Wirklichkeit aus? **Ruth Sonderegger** präsentiert einige Thesen zur fragwürdigen Indienstnahme der Kunst und ihrer KulturproduzentInnen ...

I. WAS WEH TUT

Ich bin ein Fan der Falter-Kolumnen von Melisa Erkurt. Neulich war dort zu lesen, dass sie in einer Diskussion mit ihren SchülerInnen auf die Frage, „Was ist denn Kunst überhaupt?“ die Antwort bekam: „Kunst, das ist was für Österreicher.“ Und auf die Frage, ob jemand von ihren SchülerInnen schon mal unabhängig von der Schule im Museum gewesen sei, gab es ein klares Nein.¹ Das sind mindestens zwei Schläge in die Magengegend und es tut dementsprechend weh, zumal ich selbst an einer Institution arbeite, in der KünstlerInnen und KunstpädagogInnen ausgebildet werden. Seither frage ich mich: Was ist Kunst für ein Monster, wenn sie nur für ÖsterreicherInnen da ist? Kann ich so etwas verteidigen wollen? Um die Antwort vorwegzunehmen: Ja, ich will sie verteidigen, aber nicht das exklusive Monster, das sie auch sein und immer wieder werden kann.

Wenn man in das *Regierungsprogramm 2017–2022*² der derzeit zum Glück auf Eis gelegten türkis-blauen Regierung schaut, wo „Kunst und Kultur“ gerade mal fünf Seiten abbekommen, erhält man Antworten auf die Frage, warum die SchülerInnen von Melisa Erkurt so antworten, wie sie antworten. Aus dem Eröffnungsstatement „Österreich ist eine Kulturnation“ wird im genannten Regierungsprogramm nämlich abgeleitet, dass in diesem „Kulturland“ nur österreichische Kunst und Kultur bzw. KünstlerInnen gefördert werden sollen; einmal abgesehen von den „Altösterreichern (z. B. Südtirol) und „Vertriebenen“, die ebenfalls prominent vorkommen und offenbar auch als „Österreicher“ (wo bleiben im Regierungsprogramm eigentlich jene, die keine Männer sind?) gelten.

Hinzu kommt, dass Kunst und Kultur dem Ex-Regierungsprogramm zufolge zwar generell sonntagsrednerisch in den Schulalltag integriert werden sollen, es explizite „Musikerziehung und bildnerische Erziehung“ aber nur an der AHS-Oberstufe geben soll.

II. GOLDENE ZEITEN?

Dass Türkis und Schwarz derart nationalistisch und klassistisch mit Kunst und Kultur umgehen, ist zwar eine Schande – für eine Kunst- und Kulturnation eine ganz besondere –, aber nichts Neues. Dass die Ziele des türkis-blauen Regierungsprogramms aber schon umgesetzt sind, bevor ihre VerfasserInnen so richtig angetreten waren – und dass dem so ist, belegen die Erfahrungen von Melisa Erkurt und ihren SchülerInnen – ist erst recht eine Schande. Denn es bedeutet, dass (angeblich) etwas andere Regierungen schon länger gründliche Arbeit in Richtung des türkis-blauen Kunst- und Kulturprogramms geleistet haben. Wie wäre sonst zu erklären, dass Melisa Erkurt die Antworten, die sie bekommt, von rot-grün regierten Wiener SchülerInnen bekommt?

Um sich daran zu erinnern, dass es auch anders geht, braucht man nicht romantisch verklärt in die – sozialdemokratisch gesehen – goldene Zeit der Wiener Volkshochschulen glotzen, wenngleich alles dringend dafür spricht, solchen Bildungsinstitutionen unter Berücksichtigung der Medien der Gegenwart einen Relaunch zu verpassen. Nicht selten kommen Alternativen von dort, wo gelernte ÖsterreicherInnen sie gar nicht vermuten. So erzählte mir neulich ein Bekannter

aus Brasilien, dass es dort bei jeder Kunst-Biennale ein Gratis-Paket mit Info-, Spiel- und Unterrichtsmaterial für alle Schulen gibt, die nach dem Paket fragen. Und KunstvermittlerInnen gebe es in Kunstinstitutionen nicht nur zu bestimmten Zeiten und gegen extra Geld, sondern einfach so und immer: für Kinder ebenso wie für Erwachsene.

Wir können uns also ausrechnen, dass die gegenwärtige brasilianische Regierung damit nicht mehr viel am Hut haben wird. Aber solche Hinweise sind gerade für uns ÖsterreicherInnen trotzdem wichtig. Damit wir nämlich endlich einsehen, dass es nur schief gehen kann, wenn wir uns weiterhin für eine derart einzigartige Kunst- und Kulturnation halten, dass wir es sogar als legitim erachten, alles für uns (und ein paar exklusiv betuchte TouristInnen) zu behalten. Einmal ganz abgesehen davon, dass künstlerisches Tun langfristig noch alle nationalen Grenzen gesprengt hat und in den allermeisten Fällen ohne Einflüsse und Inspirationen aus allen Richtungen überhaupt nicht beginnen hätte können.

Es gibt allerdings auch im gegenwärtigen und das heißt so klassistischen wie rassistischen Österreich Alternativen. Etwa die Art und Weise, wie die BasisbildnerInnen der Linzer Organisationen *MAIZ*³ und *das kollektiv*⁴ in ihren Alphabetisierungskursen Kunst und Theorie von migrantischen SchülerInnen gerade nicht fern halten und genau für dieses intelligente, von unzähligen BildungswissenschaftlerInnen vorgeschlagene Vorgehen die Finanzierungen gestrichen bekommen. Oder auch die Initiative *kültür gemma*⁵, die ein Stipendien- und Fellowship-Programm zur Förderung migrantischer Kulturproduktion entwickelt hat, wenngleich auch diese Initiative angesichts der minimalistischen Finanzierung allenfalls ein winzig kleiner von den sprichwörtlichen Tropfen auf dem heißen Stein sein kann.

III. EIN EXKLUSIVER KUNSTMARKT

Angesichts der vielfachen, einander häufig wechselseitig verstärkenden Ausschlüsse, die die Bereiche Kunst und Kultur geradezu systematisch immer wieder produzieren, muss man sich allerdings auch fragen, ob sich hinter diesen Begriffen mehr verbirgt als Privilegien-Agenturen von – wenn wir vor der eigenen Tür kehren wollen – Bio-ÖsterreicherInnen mit mindestens AHS-Abschluss. Oder anders gesagt: Mir ist durchaus bewusst, dass das europäische Kunstsystem seit seiner Erfindung im 18. Jahrhundert viel häufiger ein Ort der Exklusion als einer der Emanzipation war. Und offenbar wird

die gern verklärte Freiheit der Kunst bis heute in dem Sinn verstanden, dass Kunst sich von ganzen Schulklassen frei bzw. diese sich vom Leib hält. Oder so, dass es mitten im angeblich sozialdemokratischen Wien bis heute ein überdimensional hingeklotztes Lueger-Denkmal gibt, obwohl ein exzellent und quasi ohne Budget organisierter Wettbewerb für Neuentwürfe (im Zusammenhang eines Seminars an der Universität für angewandte Kunst) großartige Vorschläge aus der ganzen Welt auf den Tisch gezaubert hat. In welchen Amtsstuben verrotten diese Entwürfe zugunsten der unerträglichen Präsenz schlechter Kunst für einen Antisemiten mitten in Wien? (Einmal ganz abgesehen von unzähligen, ähnlich grotesken Denkmälern in allen vordersten und hintersten Winkeln dieser Republik.)

IV. ZUM SCHLUSS

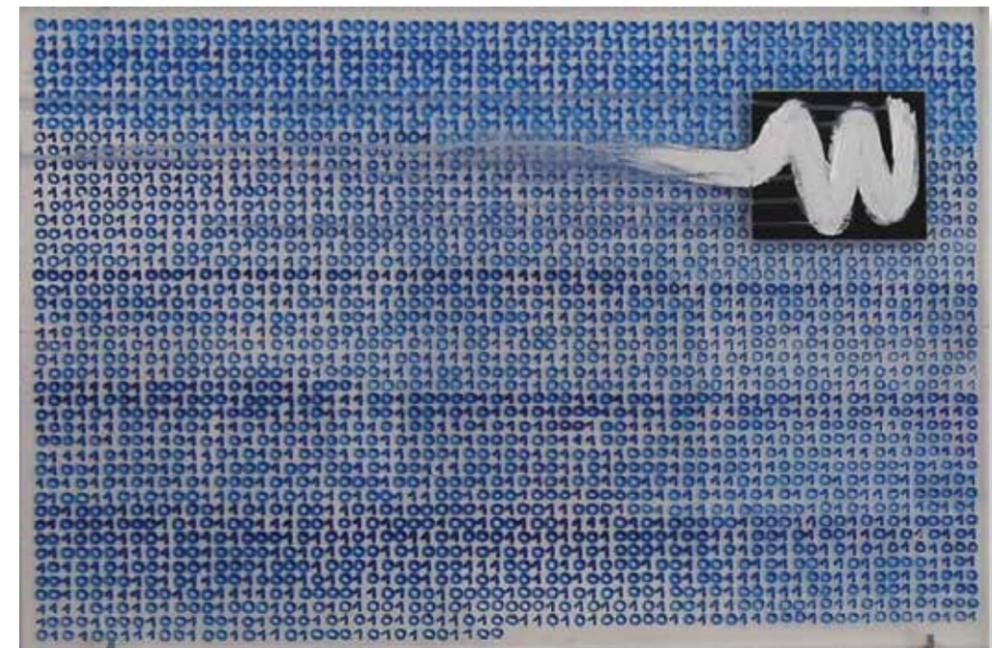
Klar ist also, dass Kunst und ihre Politik nichts *per se* Gutes sind. Es kann dabei die heimat-dümmelnde Malerei von Odin Wiesinger genauso herauskommen wie die großartige Musik von EsRap, die zurecht preisgekrönten Texte von Elfriede Jelinek oder die in dieser Ausgabe der ZUKUNFT präsentierten Kunstwerke von Claudia Ungersbäck. Ich verteidige die Kunst als Möglichkeit für alle trotzdem. Oder genauer: die Möglichkeit, sie zum Reflektieren, Experimentieren, Lernen, Abweichen, In-eine-andere-Welt-Abtanzen, Neue-Verbindungen-Herstellen oder auch Widerstand-Leisten entweder selbst zu machen oder zu erfahren. Ich verteidige sie, weil das, was Kunst zumindest auch sein kann, viel zu wichtig ist, als dass man es einer einzigen Menschenseele vorenthalten könnte, auch wenn das Kunstfeld selbst – und noch mehr seine GrenzschrützerInnen – die genannten Potenziale immer wieder verraten.

Noch ein Zweites sei vorsichtshalber festgehalten. Wenn ich hier das Kunstmachen als Teil des (elementaren) Lernens besonders betont habe, so soll das nicht bedeuten, dass es nicht auch unzählige Baustellen, ja veritable Abgründe im Bereich der Ausbildung und späteren Förderung der mehr oder weniger professionellen KunstproduzentInnen gibt. Wobei ich hier in erster Linie an die prekarierten Leben dieser ProduzentInnen denke, über die das türkis-blaue Regierungsprogramm auch noch die Frechheit hat zu sagen, dass sie allfällige punktuelle Förderungen „als Sprungbrett in die wirtschaftliche Unabhängigkeit“ sehen sollen und letztlich als „Rahmenbedingungen für Kreativwirtschaft“.

Ich habe die professionellen KünstlerInnen hier nicht nur deshalb stiefmütterlich behandelt, weil ich denke, dass ein demokratischer Sozialismus allen die Chance (aber nicht den Zwang!) eröffnen muss, die Kunst für sich zu entdecken. Ein anderer Grund ist der, dass die IG-Kultur seit Jahren die Republik Österreich nicht nur mit vernünftigen Forderungen konfrontiert, sondern auch unzählige Vorschläge zur Veränderung prekärer KünstlerInnen-Leben und Kunst-Institutionen ausgearbeitet hat, denen ich wenig hinzufügen kann. Die neuesten Vorschläge zur Reform des KünstlerInnen-Sozialversicherungsfonds vom Juni 2019 etwa sind online nachzulesen.⁶

Und falls es noch nicht deutlich genug geworden ist, sei zusammenfassend festgehalten: In meinen Augen haben Österreich und damit auch die SPÖ nur dann eine ZUKUNFT, wenn alle Menschen eine Zukunft haben und übrigens auch der nicht-menschliche Teil der Welt. Aber das wäre wieder eine andere Baustelle. 🍷

1. Vgl. <https://www.falter.at/zeitung/20190605/kunst-ist-nur-was-fuer-oesterreicher/7bofo33fff> (letzter Zugriff: 25.08.2019).
2. Vgl. <https://www.dieneuevolkspartei.at/download/Regierungsprogramm.pdf> (letzter Zugriff: 25.08.2019).
3. Vgl. <https://www.maiz.at/> (letzter Zugriff: 25.08.2019).
4. Vgl. <https://www.das-kollektiv.at/home> (letzter Zugriff: 25.08.2019).
5. Vgl. <https://www.kueltuergemma.at/de/startpage/> (letzter Zugriff: 25.08.2019).
6. Vgl. <https://www.igkultur.at/artikel/fuer-eine-weitere-reform-des-kuenstlerinnen-sozialversicherungsfond> (letzter Zugriff: 25.08.2019)



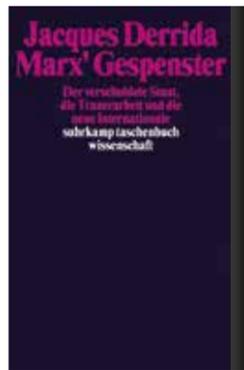
Claudia Ungersbäck (2016) Blaues Rechteck
 mixed media on perspex
 © Claudia Ungersbäck

RUTH SONDEREGGER

ist Professorin für Philosophie und ästhetische Theorie an der Akademie der bildenden Künste in Wien. Weitere Infos online unter: de.wikipedia.org/wiki/Ruth_Sonderegger.

Die Internationale ist Geschichte. Eine hantologische Spurensicherung

Abstract: Spätestens seit dem 19. Jahrhundert gespenstern verschiedene Auffassungen der Internationalen in den Köpfen der Menschen. Und auch wenn sie heute fast verschwunden sind, bleibt gerade angesichts des globalen digitalen Kapitalismus ein widerspenstiges Insistieren auf der Wichtigkeit des Internationalismus ein Bestand der linken und progressiven Theoriegeschichte. **Christian Zolles** erinnert uns an die verschiedenen Formen der Internationalen und tritt so ein notwendiges Erbe an. Ein Gespenst geht um ...



DERRIDA, JACQUES MARX' GESPENSTER

Taschenbuch
Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
300 Seiten | € 17,00
ISBN: 978-3-518-29259-4
Erscheinungstermin: 1993

I. ERBE

Die Internationale ist Geschichte, weil sie ein Erbe hält, an das sie uns zum einen erinnert und an dem sie zum anderen hängt: Verliert sie es, droht sie vergessen und Vergangenheit zu werden. Sie steht damit unweigerlich vor der Aufgabe, sich immer wieder von neuem einer Zeit zu stellen, die aus den Fugen geraten ist. „The time is out of joint“, heißt es in William Shakespeares *Hamlet*, was sie schon seit langer Zeit ist, vielleicht seit jeher: nicht zuletzt mit der einzigartigen Lehre der jüdischen Prophetie. Ohne Geschichte ist die Internationale also nicht. Ihre Bewegung folgt einem Lauf, der von der Reflexionskraft der Aufklärung und der Sprengkraft der

Französischen Revolution bestimmt ist, von der Aktion, die die Reaktion herausgefordert hat (wie die Pariser Kommune: „von diesem Augenblicke an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Notwehr befindet“, Otto von Bismarck 1876). Es gibt für sie daher auch niemals ein einfaches Zurück – eine viel größere Utopie als jene des *Prinzips Hoffnung* (Ernst Bloch) ist die Illusion, sich in die Geschichte zurückziehen zu können: Tatsächlich war es nie so, wie es für uns sein könnte. „Hantologie“ (eine Lehre von der Heimsuchung oder vom Spuk, Derrida 1993) zu betreiben, heißt, auf Spurensuche nach den alten Gespenstern eines neuen Europas, einer neuen Welt, einer neuen Internationalen in unserer unmittelbaren Gegenwart zu gehen. Dieses Vorhaben erhält Würde durch den Vorsatz, sich der Vergangenheit ohne jede Illusion und mit größtmöglichem Realismus zu stellen.

Man muss sich der Internationalen als *würdiges Erbe* erinnern.

II. SPRACHE

Die Geschehnisse der Internationalen sind aufs Engste mit den Geschehnissen der Sprache verbunden: Beide leben von der

Bewegung und sind zwischen Verstehen und Vergessen, Erinnerung und Erwartung hin- und hergerissen, ständig bedroht von der Gefahr des Stillstands, der Ohnmacht, des Deadlocks, in dem der Geschichtsverlauf sein unwürdiges Ende findet. Der Prozess der Aufklärung und der Revolution zeigt sich dabei nicht an der Dominanz innerhalb einer Sprache, sondern in den einzelnen Sprechweisen, den Momenten, in denen eine Sprache gefunden und weiterentwickelt wird: im Spracheffekt („was Shakespeare durch sein individualisieren des dialoges ... hervorbringt“, Grimms Wörterbuch). An der Pragmatik, der Performativität der Sprache – nicht am Sein, sondern am Werden – gilt es zu zeigen, dass die Aufhebung der Sprachverwirrung immer eine Frage der Zukunft und niemals der Vergangenheit ist. Man muss sich im Grunde gar nicht verstehen, austauschen oder ausstehen können („Ich Sie ja auch nicht!“), um sich am gemeinsamen Weg zu treffen und im gemeinsamen Ziel zu ergänzen, angesichts eines sozialen Problems, „welches alle Länder umfaßt, in denen moderne Gesellschaft existiert, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt“ (Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation 1868). Nach der Zeit des deutschen Idealismus, die spätestens mit dem 1. Weltkrieg zu Ende geht, haben sich sprachlich zwei extreme Pole herausgebildet: praktisch der Surrealismus und theoretisch der Formalismus. Sie haben sich auf subjektivste und objektivste Weise vom Feld der alltäglichen Meinungen entfernt und gerade in Zeiten des Totalitarismus, des Spotts und der Häme, als verlässliche und sich ergänzende Gradmesser für die Anschlussfähigkeit und Lebendigkeit einer Sprache erwiesen.

Man muss sich der Internationalen als *lebendige Sprache* erinnern.

III. FORM

Der internationale Charakter wird durch das Festhalten an subjektivste Lebens- und objektivste Sprachformen bewahrt („die formen der sprache sind ihre *flexionen, ableitungen und zusammensetzungen*; die formen der alten sprache waren reiner und reicher“, Grimms Wörterbuch). Geht es in prekären Zeiten ums Verstehen und Begreifen, ist es katastrophal, sie als elitäre Worthülsen abzutun: Man verliert nicht nur die sprach- und medienkritischen Werkzeuge der internationalen Vermittlung, sondern auch der Vermittlung zwischen den Generationen. Unweigerlich ist man – in einer Zeit, die aus den Fugen geraten ist durch diejenigen, die den Zustand der Einsprachigkeit als Normalität verkaufen und kaufen – Erbe

„Jedes Mal komme ich wieder mit der sinnlosen Hoffnung, dass in Wien das Geheimnis verborgen ist, der Grund für die mörderische und selbstmörderische Gewalt des letzten Jahrhunderts, dass man es hier erforschen könnte, herausfinden, wie es so kommen konnte, wie's kam.“

Ruth Klüger, *unterwegs verloren*

eines Versprechens, das für die Übersetzung in eine Vielsprachigkeit reflexive Formen benötigt. „Wir hatten und haben vor allem die schwierige Aufgabe, den Gedanken der Internationalität in die lebendige Wirklichkeit zu übersetzen“ (Otto Bauer/Adolf Braun/Karl Renner 1908). Die Übersetzung ist ein Vorgang des Dazwischen, ihr Inhalt ist – wie dieser Text zeigt – auch ihre Form, die die eigene Bewegtheit nachzeichnet. Auf organisatorischer Ebene – zwischen den historischen Formationen der Internationalen: des Marxismus oder des Anarchismus (1. Internationale), des Sozialismus und der Sozialdemokratie (2. Internationale), des Kommunismus (3. Internationale) oder des Trotzismus (4. Internationale) – lautete etwa die typisch österreichische Lösung: die 2½. Internationale (Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien 1921–1923).

Man muss sich der Internationalen als *Zwischenform* erinnern.

IV. BEWEGUNG

Der Spuk – warum nicht niederdeutsch: „der alte name für die aus lumpen gefertigte schreckgestalt [...], die die heidnischen Sachsen fertigten und die sie, um die bösen geister zu schrecken, unter lärm und getöse durch ihre flur trugen“ (Grimms Wörterbuch)? –, der Spuk um die Organisationsform der Internationalen geht auf ihre Begriffsform zurück. Das Präfix „inter-“ verweist ja schon auf den permanenten Zwischenzustand und eine Bewegung. „International, zwischenländisch, völkerumfassend, -verbindend, -gemeinsam, -gemeinschaftlich; Länder umfassend, -verbindend; zwischenstaatlich; weltallgemein; (die Beziehungen, das Verhältnis, den Verkehr) zwischen (den) Ländern, Staaten, Völkern, Weltteilen (betreffend); allen Völkern offen; gemeinsam oder ver-

„Jedesmal ist ein erstes Mal ein letztes Mal, das ist das Ereignis selbst. Jedesmal anders. Inszenierung für ein Ende der Geschichte. Nennen wir das eine Hantologie; [eine] Logik der Heimsuchung [...].“

Jacques Derrida, *Marx' Gespenster*

ständig, alle Völker oder Länder umfassend; in allen Ländern oder Weltteilen, bei allen Völkern, in der ganzen Welt verbreitet oder bekannt; weltbekannt; weltverständlich; Welt- (z. B. -handel), -verkehrs- (z. B. -wege); Völker- (z. B. -recht, -verkehr). Vgl. universal; Staats- (z. B. -verträge).“ (Verdeutschungswörterbuch 1906). Der Ausdruck „Internationale Beziehung“ ist ein Pleonasmus, die Beziehung ist in der Internationalen bereits aufgehoben. Genau dieser Punkt stand bereits zur Debatte, als Österreich 1848 aus dem Deutschen Bund austreten wollte: Nahm sich ein Ausschuss für „Internationale Verhältnisse“ der Angelegenheit an, so akzeptierte die deutsche Nationalversammlung von vornherein Österreichs Ausschluss. Um international zu sein, muss also zunächst eine grundlegende Differenz anerkannt werden, die in eine Beziehung gestellt werden kann. Formen von Nationalstaatlichkeit zeigen sich damit von Anfang an in größere – juristische, ökonomisch-industrielle und technologische – Bewegungen gesetzt, bevor die Lumpengestalt der Arbeiterassoziation als „International“ erstmals auftaucht (1865 in einem Brief von Karl Marx an Friedrich Engels). In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts emanzipiert sich das Adjektiv langsam und wird zum Substantiv, feminin.

Man muss sich der Internationalen als *emanzipatorische Bewegung* erinnern.

V. PROGRAMM

Das Programm der „roten Internationalen“ der Arbeiterschaft erscheint auf den ersten Blick unter anderen: der „eisernen Internationalen“ der Metallarbeitergewerkschaft, der „schwarzen Internationalen“ der katholischen Kirche, der „weißen Internationalen“ des Welthandels (später des Faschismus), der „grauen Internationalen“ des Liberalismus, der „blauen Internationalen“ der Aristokratie, der „grünen Internationalen“ der Agrarier ... Gerade auch an den stark antisemitisch gefärbten Verschwörungstheorien (an den so-

genannten Machenschaften des Freimaurertums und des Weltjudentums: der „goldenen Internationalen“) wird sich zeigen, dass das Denken nicht in nationalen, sondern in unterschiedlichen internationalen Kategorien die reflektierte Antwort auf die Auswirkungen des neuen Welthandels und der Internationalisierung des Kapitals darstellte. Nicht von ungefähr geschah die Gründung der 1. Internationalen im Umfeld der Londoner Weltausstellung der Industrie im Jahr 1862. Ihr Programm findet den materiellen Grund in den ganz neuen Produktions- und Lebensbedingungen, der neuen sozialen Stellung, die es gleichzeitig ermöglicht, sich unterhalb von hegemonialen Nationalkonflikten auf ganz neu Weise zu begegnen: „[D]aß das englische Proletariat den Pariser Bronzearbeitern ein Bündnis und pekuniäre Hilfe anbietet, um sie in einer Arbeits- und Lohnfrage zu unterstützen, ist ein Symptom einer neuen Politik, von welcher die alten Parteien keine Vorstellung haben und haben können.“ (Courrier Français 1867). Das Programm der Internationalen verfolgt die einzigartige Idee einer neuen emanzipatorischen Politik jenseits der Staatskonflikte und wird dadurch die Reaktion (wie die „monarchische Solidarität“ 1871) herausfordern. Der österreichischen Sozialdemokratie sollte schließlich gerade aufgrund der ungelösten Nationalitätenfragen im Kaiserreich ein besonders lebendiges internationales Bewusstsein attestiert werden – ausgehend von der Idee einer Nation nicht als Sprach-, sondern als Kulturgemeinschaft (Otto Bauer 1907).

Man muss sich der Internationalen als *einzigartiges Programm* erinnern.

VI. RECHT

Die Internationale der Arbeiterschaft nimmt sich das neue Recht („stellung innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung“, Grimms Wörterbuch) heraus, eine progressive Politik zu formulieren: „Die Internationalität war bisher nur ein Rechtsbegriff. Jetzt nahm er die Welt der Arbeit in sich auf, und er konnte es, weil man in der Arbeit schon das große weltverbindende Glied erkannte, das verband, indem es ausglich, das ausglich, indem es die Gesamtheit der Menschen emporhob zur Erkenntnis ihrer gleichen Berechtigung im Weltleben durch ihre gleiche Notwendigkeit für dasselbe.“ (Über die Weltausstellung 1873) So sehr sie damit Kind des hochindustrialisierten Zeitalters ist, so sehr steht sie, bevor sie eine eigene Sprache findet, rhetorisch in der Tradition des radikalen Republikanismus: „Allianz der Demokratie aller Völker“, „République universelle“, „Weltbürgertum“, „Kosmopolitis-

mus“, „Fraternisierung“, „Verbrüderung“ ... Sie übernimmt die kosmopolitischen und sozialen Ideale der französischen Verfassung von 1793: „Bevor ich einer Nation anhöre, bin ich ein Mensch“ (Adresse des Bildungsvereins in London an die deutschen Proletarier 1846). Der größte Rechtsbruch in der Geschichte geschah, als die Auslöschung der Internationalen zum Programm erklärt wurde. Die darauffolgende Idee, die UNO zur 4. Internationale zu erklären (Karl Renner 1946), gründet auf der Einsicht, das internationale Recht vom Einfluss der Nationalstaaten und den verschränkten Interessen des Marktes ausnahmslos emanzipieren zu müssen – was bis heute nicht geschehen konnte. Das Ziel eines internationalen Rechts hat die Einhegung des weltweiten ökonomischen und sozialen Feldes in Übereinstimmung mit den Ideen der Demokratie und der Menschenrechte zu sein. „[Man muss] es herausschreien: „Noch nie in der Geschichte der Erde und der Menschheit haben Gewalt, Ungleichheit, Ausschluß, Hunger und damit wirtschaftliche Unterdrückung so viele menschliche Wesen betroffen.“ (Derrida 1993)

Man muss sich der Internationalen als *Menschenrecht* erinnern.

VII. KRAFT

Die Idee eines internationalen Rechts kann auf eine Idee von Gerechtigkeit zurückgeführt werden, die noch tiefer in der Geschichte verankert ist als jene der Grundrechte. Sie lässt sich in eine Tradition einer emanzipatorischen Verheißung stellen, wie sie in religiösen Gesetzen aufgehoben scheinen als eine Gesetzeskraft, die stärker ist als jede staatliche Rechtsgewalt, weil sie grundlos, d. h. nicht ideologisch ist (Walter Benjamin, *Kritik der Gewalt*). Wir stoßen unvermutet auf einen letzten Grund der Rebellion gegen Herrschaftsverhältnisse, wie sie mit dem Ereignis des Christentums eine Lehre geworden ist. Ganz ohne religiöse Interpretation aber, die zur Vorannahme eines universalen und homogenen (neoliberalen) Staates am Ende der Zeiten verleitet, soll auf eine historisch-materialistische Kraft der „Auferstehung“ hingewiesen werden: eine Kraft, um die Zukunft in der Gegenwart selbst zu ergreifen, um sich mit dem Rücken gegen das zu stellen, was kommt, wie's kommt, wenn man nicht aktiv eingreift. In der Internationalen wird die gehemmte Produktivkraft zur großen Gegen-Kraft, ausgedrückt in typischen Bildern der Zeit: „Laßt uns in der internationalen Genossenschaft die Freimaurer der Tat werden“ (Johann Philipp Becker 1863). Diese Tat lässt sich als Resultat einer Widerstandskraft begreifen, nicht

„Ein Gespenst geht um in Europa [...].“

Karl Marx/Friedrich Engels,
Manifest der kommunistischen Partei

im Sinne der „kraft des armes, muskelpkraft, leibeskraft, körperkraft, manneskraft, heldenkraft, riesenkraft u. s. w.“, sondern einer „kraft zum widerstande oder auch kraft zu widerstehen, auszudauern u. dgl.“ (Grimms Wörterbuch). Für Österreich ist die jüdisch-messianische Prägung der Internationalen die größte historische Lehre, die es hat.

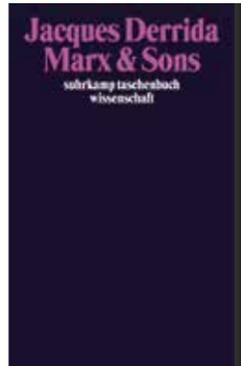
Man muss sich der Internationalen als *messianische Kraft* erinnern.

VIII. ZUKUNFT

Die Bedeutung der Zukunft „entsprach zunächst der ableitung von ‚zukommen‘. als das wort die zeitliche bedeutung annahm, trat an seine stelle ankunft, das anfangs ‚herkunft‘ bezeichnete.“ (Grimms Wörterbuch) Begriffsgeschichtlich wird die Herkunft zur Zukunft: Es wird der Verlauf einer Bewegung nachgezeichnet, von der man zunächst erreicht wird und die als zeitliches Versprechen überdauert, in Hinblick auf ein „Zu-Kommendes“, das Kraft verleiht „zu“ etwas – nicht: „um zu“, um etwas ideologisch Bestimmtes zu erreichen. Die ideologische Bestimmung des Internationalismus, der in Europa nach dem 1. Weltkrieg stark von den Erwartungen einer in Kürze bevorstehenden sozialistischen Weltrevolution geprägt war, verlor sich im westlichen Sprachgebrauch nach dem 2. Weltkrieg zunehmend: in den Verflechtungen der Staaten auf politischer (EG/EU, UNO ...), militärischer (NATO, Warschauer Pakt ...), wirtschaftlicher (EG/EU, Comecon, WTO ...), gesellschaftspolitischer (Weltgewerkschaftsbund, Internationaler Bund Freier Gewerkschaften, Industrial Workers of the World ...) und kultureller Ebene (UNESCO ...). Differenzen schienen besser eingehegt werden zu können. Nach 1989 wurde die Neutralisierung des politischen Imperativs auf internationaler Ebene fortgesetzt – mit dem Ergebnis einer gegenüber dem globalen digitalen Kapitalismus gegenüber eklatant rückständigen, noch von der Logik der Nationalstaatlichkeit getragenen internationalen Politik. Je mehr nun der Internationalen bevorsteht, *Vergangene Zukunft* (Reinhart Koselleck) zu werden, in der Gegenwart zu enden, desto deutlicher zeigt sich die historische Dynamik der Wiederholung: der Heimsuchung früherer Gespenster. Die Lehre davon, von

einer künftigen, zukünftigen und d. h. noch zu kommenden Demokratie, gilt es ohne jede Illusion und mit größtmöglichem Realismus wiederzuentdecken. Dazu bedarf es der offenen Rede. Der historische Diskurs der österreichischen Arbeiter-Zeitung (bis 1991) kann in den neuen Kommunikationsformen nicht ohne Programm, ohne Weg und Ziel, weitergeführt werden.

Man muss sich, mit und in der ZUKUNFT, der Internationalen als *offene Zukunft* erinnern.



**DERRIDA, JACQUES
MARX & SONS**

Taschenbuch

Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

144 Seiten | € 9,00

ISBN: 978-3-518-29260-0

Erscheinungstermin: Dezember 2003

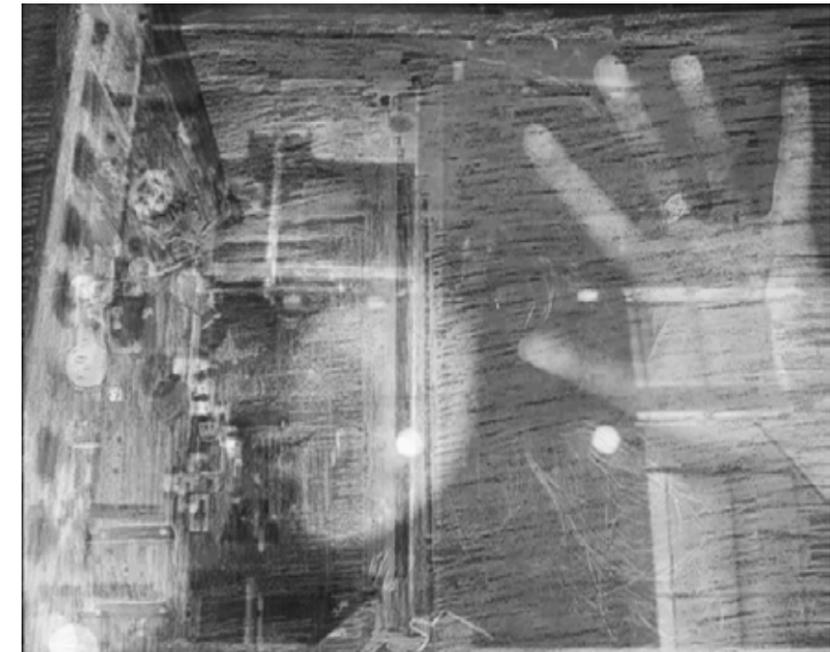
Literatur

Derrida, Jacques (2004 [1993]): Marx' Gespenster. Der Staat der Schuld, die Trauerarbeit und die neue Internationale, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Derrida, Jacques (2003): Marx & Sons, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Grimms Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm. 16 Bde. in 32 Teilbänden. Leipzig: S. Hirzel 1854–1961, online unter: http://woerterbuchnetz.de/cgi-bin/WBNetz/wbgui_py?sigle=DWB (letzter Zugriff: 25.08.2019).

Friedemann, Peter/Hölscher, Lucian (1982): Internationale, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. v. Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck, Bd. 3, Stuttgart: Klett-Cotta 1982, 367–397.

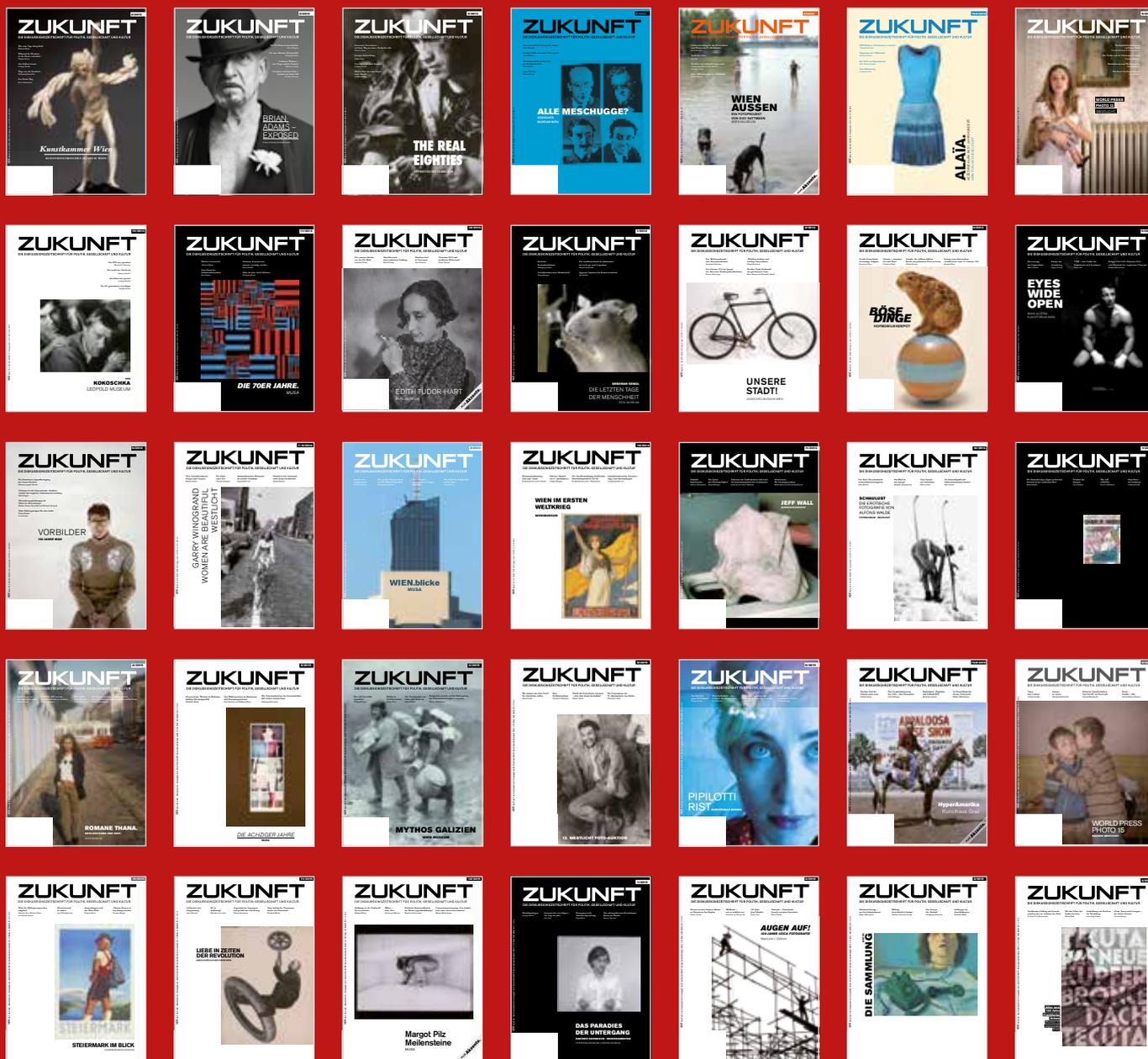


Claudia Ungersbäck (2007) Aus lat. copiare

digital print, filmstill
© Claudia Ungersbäck

CHRISTIAN ZOLLES

ist Assistent und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Germanistik der Universität Wien. Weitere Infos online unter: www.univie.ac.at/germanistik/christian-zolles/.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____